



EUROPÄISCHE KOMMISSION

CHILE

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2007-2013

11.04.2007 (E/2007/615)

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	3
0. ZUSAMMENFASSUNG	4
1. ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG.....	5
1.1 DIE ZIELE DES EU-VERTRAGS IM BEREICH ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DRITTLÄNDERN	5
1.2 SPEZIFISCHE ZIELE FÜR CHILE	6
2. ÜBERBLICK ÜBER DAS ARBEITSPROGRAMM DER CHILENISCHEN REGIERUNG.....	7
3. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE SITUATION	8
3.1 DIE POLITISCHE SITUATION	8
3.2 DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	11
3.3 STRUKTUR DES HANDELS.....	13
3.4 SOZIALE ENTWICKLUNG	14
3.5 UMWELT	18
3.6 BEWERTUNG DES REFORMPROZESSES	18
4. DIE BISHERIGE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG IM ÜBERBLICK: KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ.....	19
4.1 DIE BISHERIGE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG IM ÜBERBLICK	20
4.2 DIE PROGRAMME DER EU-MITGLIEDSTAATEN UND ANDERER GEBER	21
4.2.1 <i>Die Programme der EU-Mitgliedstaaten.....</i>	21
4.2.2 <i>Sonstige bilaterale Geber</i>	21
4.3 LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT	22
5. DIE STRATEGIE DER EG	22
5.1 DIE SCHWERPUNKTSEKTOREN	24
ANHANG 1: NATIONALES RICHTPROGRAMM CHILE.....	29
1 SOZIALER ZUSAMMENHALT	29
2 BILDUNGSWESEN: AKADEMISCHER AUSTAUSCH UND STIPENDIEN.....	31
3 INNOVATION UND WETTBEWERB	33
4 SONSTIGE INSTRUMENTE	35
5 ARBEITSPROGRAMM	35

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Assoziationsabkommen EU-Chile
AGCI	Agencia de Cooperación Internacional (Staatliches Amt für Internationale Zusammenarbeit)
ALADI	Assoziation Lateinamerikanische Integration
APEC	Wirtschaftliche Kooperation Asien- Pazifik
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CONADI	Staatliche Organisation für die Entwicklung der indigenen Volksgruppen
EG	Europäische Gemeinschaft
EFTA	Europäische Freihandelszone
EU	Europäische Union
FHA	Freihandelsabkommen
FTAA	Amerikanische Freihandelszone
IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
LSP	Länderstrategiepapier
MERCOSUR	Südamerikanischer gemeinsamer Markt
NAFTA	Nordamerikanische Freihandelszone
OAS	Organisation amerikanischer Staaten
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
VN	Vereinte Nationen
WTO	Welthandelsorganisation

0. ZUSAMMENFASSUNG

Chile hat eine demokratische Verfassung und ein Mehrparteiensystem. Seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1989 hat die chilenische Gesellschaft die demokratischen Institutionen wiederhergestellt und gefestigt. Dialog und Konsens sind das Fundament der Stabilität.

Durch eine zwanzigjährige erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist das Land zu einer der dynamischsten Volkswirtschaften der Welt geworden. Die ausgewählten Schwerpunktssektoren betreffen für die Landesentwicklung zukunftsentscheidende Bereiche und zählen eo ipso zu den Prioritäten der Landesregierung.

Das vorrangige Ziel der EG-Strategie für die Jahre 2007-2013 ist eine Vertiefung des Assoziationsabkommens, die über eine verstärkte Zusammenarbeit und einen Politikdialog in den Bereichen Innovation und Wettbewerb, sozialer Zusammenhalt und Bildung erreicht werden soll. Das Assoziationsabkommen ist das Kernstück der Beziehungen zwischen der EG und Chile und gleichzeitig der geeignete Rahmen für eine für beide Seiten ersprießliche Zusammenarbeit bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen.

Die Förderung von Innovation und Wettbewerb zählt zu den obersten Prioritäten Chiles. Entscheidend für eine Steigerung der Wettbewerbskraft ist die Einführung von Mehrwert schaffenden Innovationen in die Produktion. Um einen solchen Innovationsschub auszulösen, bedürfte es einer Förderung des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Privatwirtschaft.

Das Assoziationsabkommen (AA) unterstreicht die Bedeutung der sozialen Entwicklung, die mit der wirtschaftlichen Entwicklung stets einhergehen muss, und sieht in allen für beide Parteien bedeutsamen Sozialbereichen Kooperationsaktivitäten vor. Die Herstellung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts als Voraussetzung für Erfolge in der Gesamtentwicklung des Landes hat Chile als das zurzeit Gebotene erkannt. Die EU kann einiges an Erfahrung aus der Sozial- und Beschäftigungspolitik einschließlich Erfahrungen mit der Teilhabe der Zivilgesellschaft dazu beitragen, weshalb sie sich besonders für eine Zusammenarbeit im Bereich des sozialen Zusammenhalts eignet.

Im Bildungswesen hat es zwar vor allem in Bezug auf das quantitative Bildungsangebot einige Fortschritte gegeben, doch Qualität und Leistungsniveau lassen noch zu wünschen übrig. Die EU kann - stets ausgehend von eigenen Erfahrungen – zur Verbesserung des Niveaus des Hochschulwesens in Chile beitragen und dem Land die Teilnahme an profitablen Programmen ermöglichen.

In Anbetracht der politisch stabilen Lage und des hohen Entwicklungsstandes des Landes kann davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung der EU-Strategie risikolos vonstatten gehen wird.

Im Rahmen des Finanzierungsinstruments „Entwicklungszusammenarbeit“ ist für Chile eine Mittelbereitstellung von 41 Mio. € (Richtbetrag) für die Jahre 2007-2013 vorgesehen. Dieser Betrag kann durch Projekte und Programme im Rahmen der Programme für die Region Lateinamerika sowie durch thematische Programme ergänzt werden.

1. ZIELE DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG

1.1 Die Ziele des EU-Vertrags im Bereich Entwicklungszusammenarbeit mit Drittländern

Rechtsgrundlage der europäischen **Entwicklungszusammenarbeit** ist Artikel 177 EGV, der folgendes vorsieht: (1) nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, (2) harmonische schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und (3) die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern. Diese Aktivitäten ergänzen die von den einzelnen Mitgliedstaaten verfolgten Ziele und stehen im Einklang mit der Entwicklungspolitik der EG. Die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft ist gedacht als Beitrag zur Verwirklichung des übergeordneten Ziels des Aufbaus und der Konsolidierung demokratischer rechtsstaatlicher Verhältnisse sowie der Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EG) Nr. **XXX** über die Einführung eines Instruments zur Finanzierung der Entwicklungspolitik, die wiederum auf Artikel 179 EGV Bezug nimmt, ist die wichtigste **Rechtsgrundlage** und das wichtigste **Finanzierungsinstrument** für die Europäische Entwicklungszusammenarbeit mit Chile in den Jahren 2007-2013.

Der Europäische Konsens – die im Dezember 2005 vom Rat der Europäischen Union, vom Europäischen Parlament, von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten verabschiedete neue **gemeinsame entwicklungspolitische** Erklärung, die die Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele und die Eliminierung der Armut zum Schwerpunkt hat, fußt auf derselben Rechtsgrundlage. Diese Strategie richtet sich an sämtliche Entwicklungsländer und zählt zu ihren besonderen Dominanten die Partnerschaft zu den Entwicklungsländern sowie die Förderung des verantwortlichen Regierens, der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten sowie eine in gerechten Bahnen verlaufende Globalisierung. Die Erklärung stipuliert einen nach Kontext und Bedarfslage modulierten Ansatz und enthält den Vorschlag für einen gemeinsamen Rahmen, der u.a. die Themen sozialer Zusammenhalt, Beschäftigung und arbeitsrechtliche Normen, Handel und regionale Integration umfasst, wobei es sich um einige der Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit der EG handelt.

Gipfeltreffen EU/Gruppe Lateinamerika und Karibik: Anlässlich der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und der Gruppe der Länder Lateinamerikas und der Karibik wurden - wie unlängst im Mai 2006 auf dem Gipfel von Wien - biregionale Vereinbarungen getroffen. In Wien haben die 60 teilnehmenden Staaten sich erneut zu gemeinsamen ethischen Normen bekannt und ihre gemeinsamen Interessen bekräftigt sowie ihre Bereitschaft bekundet, als Teil eines multilateralen Rahmens zu handeln. Sie bekräftigten ferner ihre Entschlossenheit, den sozialen Zusammenhalt und die regionale Integration nachhaltig zu fördern.

Am 9. Dezember 2005 hat die Kommission als Vorbereitung auf den Wiener Gipfel eine neue Strategie zur Stärkung der Partnerschaft und der Zusammenarbeit zwischen der EU einerseits und Lateinamerika andererseits vorgelegt. In dieser strategischen Mitteilung hat die Kommission die derzeitigen zur Lösung anstehenden großen Aufgaben geprüft und konkrete Vorschläge zur Reaktivierung der bereits bestehenden Partnerschaft vorgelegt. Erklärtes Ziel ist dabei, einen Dialog über neue Themen in Gang zu setzen und damit neue Chancen zu schaffen, um so einen Beitrag zu Frieden, Stabilität und Entwicklung zu leisten und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt, die demokratischen Verhältnisse und die regionale Integration zu stärken. Dazu schlägt die Kommission vor, den politischen Dialog zu intensivieren und auf eine bestimmte

Anzahl von Themen von beiderseitigem Interesse zu konzentrieren, von denen erwartet werden kann, dass dadurch der Einfluss der zwei Weltregionen auf das internationale Geschehen an Gewicht gewinnt.

1.2 Spezifische Ziele für Chile

Rechtsgrundlage der Zusammenarbeit EG/Chile ist die Verordnung¹ (EC) vom über die Einführung eines Finanzierungsinstruments "Entwicklungszusammenarbeit" und die Mitteilungen bezüglich der Zusammenarbeit EG/Lateinamerika. Die Verordnung über die Einführung des fraglichen Instruments sieht *u.a.* eine Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit, der wirtschaftlichen, finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit und jegliche Form der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten und Partnerregionen sowie die Unterstützung internationaler Aktivitäten vor, die der Verwirklichung von Zielen der innergemeinschaftlichen Strategien in Drittländern dienen.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass anlässlich regionaler Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gruppe Lateinamerika/Karibik zudem auf höchster Regierungsebene Ziele für die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika vereinbart wurden.

Der Gipfel von Rio de Janeiro im Jahre 1999 hat insbesondere auf die Bedeutung der Menschenrechte, der Informationsgesellschaft und des Abbaus des sozialen Gefälles hingewiesen.

Anlässlich des Gipfels von Madrid im Jahre 2002 haben sich beide Parteien darauf geeinigt, die Institutionen zu stärken, auf eine zukunftsweisende Entwicklung hinzuarbeiten, die Armut einzudämmen, die kulturelle Vielfalt, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern, die regionale Integration zu vertiefen und die Eingliederung in die Weltwirtschaft zu betreiben.

Der Gipfel von Guadalajara im Mai 2004 und der Wiener Gipfel vom Mai 2006 räumten dem sozialen Zusammenhalt Vorrang ein und erklärten diese Angelegenheit zum Kernelement einer Partnerschaft EU-Lateinamerika. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich zielt darauf ab, in Lateinamerika unter Nutzung der Erfahrungen der EU die Grundlage für strukturelle Stabilität zu legen bzw. diese zu konsolidieren; dazu werden die lateinamerikanischen Staaten darin unterstützt, ihr politisches Handeln an demokratischen Grundsätzen auszurichten und eine solide ergebnisorientierte Sozial- und Finanzpolitik zu betreiben, mit dem Ziel, die Armut einzudämmen und gegen soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung anzugehen.

Das AA EG-Chile wurde am 18. November 2002 unterzeichnet und trat zum 1. März 2005 in Kraft, nachdem die meisten handelsrelevanten Bestimmungen bereits seit dem 1. Februar 2003 vorläufig in Kraft waren. Das AA ist die Rechtsgrundlage für die politischen und handelspolitischen sowie die Kooperationsbeziehungen zwischen der EG und Chile.

Querschnittsthemen

Querschnittsthemen sind ein wichtiger Faktor bei der Konzipierung von Entwicklungsmaßnahmen. Sie sind auch im sektoralen und globalen Dialog zu berücksichtigen, wenn es darum geht, spezifische Strategien für bestimmte Sektoren zu formulieren. Die für Chile relevanten Querschnittsthemen werden in Abschnitt 5 behandelt.

¹ Rechtsgrundlage dieser Verordnung ist wiederum der Artikel 179 EGV.

Bei der Projektfindung und der Vorbereitung der Finanzierung werden Querschnittsthemen nur allzu leicht übersehen; ihnen ist künftig mehr Beachtung zu schenken. In allen Finanzierungsvorschlägen bzw. Projektbögen wird deshalb eine Kurzbewertung folgender Querschnittsthemen enthalten sein: Teilhabe der Bürger, Verwaltungsaufbau, Gleichstellung, indigene Volksgruppen und Umweltschutz. Es ist dabei darzulegen, inwieweit diese Themen in den einzelnen Maßnahmen zum Tragen kommen.

Neben einer Behandlung der Querschnittsthemen können die genannten Themen jedoch auch ad hoc Gegenstand einer spezifischen Finanzierung aus thematischen bzw. horizontalen Haushaltslinien sein.

2. ÜBERBLICK ÜBER DAS ARBEITSPROGRAMM DER CHILENISCHEN REGIERUNG

Ziele der Regierungspolitik

Seit dem 11. März 2006 ist Michelle Bachelet Präsidentin des Landes, die eine neue Regierung gebildet hat. In mehrfacher Hinsicht gilt Frau Bachelet als Repräsentantin eines neuen Regierungsstils, nicht nur in Chile, sondern auch in anderen Teilen Lateinamerikas. Die Hälfte ihrer Kabinettsmitglieder sind Frauen, und viele der neuen Gesichter in der Regierung gehören nicht der "Concertación" der politischen Elite an. Die Präsidentin hat die Fortführung der auf den Markt ausgerichteten Strategie der Vorgängerregierungen der "Concertación" versprochen, durch die Chiles Wirtschaft zu einer der robustesten der Region avanciert ist – gleichzeitig redet sie jedoch dem Wandel das Wort. In ihrer Antrittsrede vor dem Kongress im Mai letzten Jahres hat sie die Zielsetzungen und Ausgabenprioritäten ihrer Regierung dargelegt, und demzufolge geht es um vier prioritäre Großbereiche:

- Einführung einer solideren Rentenregelung, die den Bedürftigen im Lande einen menschenwürdigen Ruhestand ermöglicht;
- Verbesserung der öffentlichen Vorschule, Grundschule und der weiterführenden Schulen;
- Förderung von Innovation und Forschung in der Wirtschaft sowie Steuererleichterungen für den unternehmerischen Mittelstand;
- Verbesserung der Wohnverhältnisse in Armensiedlungen.

Die Präsidentin gab das Versprechen, die Gesetznovelle zur Reformierung des Rentensystems im zweiten Halbjahr 2006 im Parlament einzubringen. Ferner sagte sie eine gründliche Reformierung des Vorschulsystems zu und kündigte Anstrengungen an, die Qualität des Unterrichts in der Grundschule und in den weiterführenden Schulen namentlich durch bessere Qualifizierung des Lehrkörpers radikal zu verbessern.

Außenpolitisch wird die Regierung Bachelet ihre diplomatischen Bemühungen auf eine stärkere politische und wirtschaftliche Integration und vor allem die energiepolitische Integration mit den Nachbarstaaten richten. Sie strebt ferner eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Nachbarn an, allen voran Peru und Bolivien. Im April legte Außenminister Alejandro Foxley vor dem außenpolitischen Ausschuss im Parlament im Detail die Zielvorstellungen der neuen Regierung dar. Mit Nachdruck verwies er dabei auf die Notwendigkeit, einen Energieringverbund der südlichen Staaten des Subkontinents zu schaffen und plädierte dafür, dass die südamerikanische Staatengemeinschaft bei der energiepolitischen Integration eine führende

Rolle übernehmen sollte. Es war erwartet worden, dass die Verstärkung der Beziehungen innerhalb der Region einer der Schwerpunkte der Regierung sein würde, namentlich aufgrund der in letzter Zeit im Verhältnis zu Peru und Bolivien aufgetretenen Schwierigkeiten. 2005 und im ersten Halbjahr 2006 verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen zu Peru aufgrund des Streits um die Seegrenze; der von Bolivien vertretene Anspruch auf Zugang zum Meer ist ein weiteres Problem, mit dessen Lösung sich die Regierung Bachelet auseinandersetzen haben wird. Außenminister Foxley betonte, dass aus dem bilateralen Arbeitsprogramm mit Bolivien kein Thema ausgeklammert wird – er fügte allerdings hinzu dass Chile im Hinblick auf die historischen Differenzen zwischen beiden Ländern Schritt für Schritt vorangehen werde.

Die Unterzeichnung der lange erwarteten Freihandelsabkommens zwischen Chile und Peru im August 2006 kommt zu einer Zeit ungewöhnlich guter bilateraler Beziehungen, die das Werk der zwei neuen Präsidenten Bachelet und Alan García sind. Zudem hat Chile das Angebot aufgegriffen, sich als assoziiertes Mitglied der *Comunidad Andina de Naciones* (CAN) anzuschließen, hat aber gleichzeitig von den Staats- und Regierungschefs der CAN-Gruppe eine genauere Spezifizierung des Charakters einer Mitwirkung Chiles bei der Andengemeinschaft verlangt.

Querschnittsthemen

Die Regierung hat die einschlägigen staatlichen Einrichtungen gestärkt um zu gewährleisten, dass die „sozial Schwachen“ bei der Formulierung der Regierungspolitik berücksichtigt werden. Auf diese Weise sind in staatlichen Großprogrammen die Belange der Frauen, der indigenen Volksgruppen, der Jugendlichen, der Kinder sowie der Senioren und Behinderten eingeflossen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, bevor die genannten Gruppen voll in den Genuss der Vorteile der Entwicklung des Landes gelangen.

Zu bewältigen bleiben der Regierung noch folgende Aufgaben: eine Steigerung der öffentlichen und privaten Investitionen in Wissenschaft und Technologie, der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie der Übergang zu zukunftsfähiger Entwicklung in allen Sozialbereichen.

Folgende Angelegenheiten müssen ebenfalls noch erledigt werden: Zugang zur sozialen Sicherheit für alle, Qualität des Schulunterrichts auf allen Stufen, Förderung innovativer Technologien, Forschung und Entwicklung und eine nachhaltigere Einbeziehung von Aspekten des Umweltschutzes in die sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung.

3. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE SITUATION

3.1 Die politische Situation

Die pluralistische Demokratie Chiles ist verfassungsmäßig verankert; es herrscht Gewaltenteilung – die Exekutive liegt in den Händen der mit großen Machtbefugnissen ausgestatteten Präsidentin, das Zweikammersystem besteht aus dem Unterhaus (Abgeordnetenversammlung) und dem Oberhaus (Senat), die Judikative gliedert sich in ein Verfassungsgericht, einen Obersten Gerichtshof, ein Appellationsgericht und Militärgerichte.

Der Kongress setzt sich aus dem 48-köpfigen Senat (aufgrund der Verfassungsreform ab den nächsten Wahlen nur noch 38 Senatoren) und dem 120-köpfigen Abgeordnetenhaus zusammen. Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt, Senatoren haben dagegen eine Amtszeit von

acht Jahren. Der Kongress hat seinen Sitz in der Hafenstadt Valparaíso. Das aktive Wahlrecht kann ab dem Alter von 18 Jahren ausgeübt werden, für registrierte Wähler gilt die Wahlpflicht.

Chile ist verwaltungsmäßig in die Regionen I-XII gegliedert, und die Hauptstadt Santiago bildet eine eigene Region; an der Spitze der Regionen steht der „Intendente“. Die Regionen sind wiederum in Provinzen gegliedert, die von ernannten Gouverneuren verwaltet werden. Die nachgeordnete Verwaltungseinheit bilden die Gemeinden, an deren Spitze direkt gewählte Bürgermeister stehen.

Die großen politischen Parteien bilden zwei Lager: 1) das Mittellinkslager „*Concertación*“ (*Partido Demócrata Cristiano, Partido Socialista, Partido por la Democracia* und *Partido Radical Social Demócrata*) und 2) das Mittlerechtslager „*Alianza*“ (*Renovación Nacional* und *Unión Democrática Independiente*). Die *Kommunistische Partei* und eine Reihe kleinerer Splitterparteien der Linken haben 2004 koalitiert, doch ist es ihnen nicht gelungen, Abgeordnete in den Kongress zu entsenden.

Bei den Kongresswahlen kommt ein binomisches System zur Anwendung, bei dem Koalitionslisten im Vorteil sind. Üblicherweise teilen sich die beiden größten Parteienkoalitionen die Sitze in einem Wahlbezirk. Nur wenn der Stimmenanteil der führenden Koalition den der zweitstärksten Koalition um mehr als 2:1 übersteigt, kann die stärkere Koalition beide Sitze für sich verbuchen. Eine Reformierung dieses binomischen Systems ist Teil des Regierungsprogramms. Seit 2005 kontrolliert die *Concertación* aufgrund des Wahlergebnisses sowohl den Senat als auch die Abgeordnetenkammer. Die *Kommunistische Partei* hat 2005 keinen einzigen Sitz erringen können.

Die chilenische Gesellschaft hat seit dem Ende der Militärdiktatur 1989 die demokratische Grundordnung neu aufgebaut und konsolidiert. Dialog und Konsens sind das Fundament der Stabilität. Die in der Redemokratisierungsphase erzielten Fortschritte stehen in engem Zusammenhang mit dem breit angelegten Konsens, der zwischen der chilenischen Gesellschaft und der politischen Elite hinsichtlich der Regeln der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und einer offenen marktorientierten Wirtschaftspolitik besteht.

Am 15. Januar 2006 wurde Michelle Bachelet, Kandidatin der regierenden *Concertación* (Mittellinks), zur ersten Staatspräsidentin von Chile gewählt. Auf den Kandidaten der Mittlerechtspartei *Renovación Nacional* (RN), dem Geschäftsmann Sebastian Piñera entfielen 46,5 % der abgegebenen Stimmen. Frau Bachelet steht nun an der Spitze der seit 1990 vierten von der *Concertación* gestellten demokratischen Regierung Chiles.

Die Regierung Bachelet

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, dass die Regierung Bachelet weite Bereiche der Politik unangetastet lassen wird. Es ist sehr wahrscheinlich, diese Regierung die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Präsident Lagos fortsetzt. Auch für die Beziehungen Chile-EU sind keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten.

Politikreform, Teilhabe der Bürger, Menschenrechte und Transparenz

Präsident Lagos hat die von seinen Vorgängern Frei und Aylwin begonnen tiefgreifenden politischen Reformen fortgesetzt und vervollständigt. Bei diesen Reformen waren die Gesundheitsversorgung, das Bildungswesen, der Justizapparat und die Modernisierung des Staatswesens Schwerpunkte. Diesem ehrgeizigen umfassenden Reformprogramm lag das Bestreben zugrunde, ein transparentes, leistungsstarkes und dezentral organisiertes Staatswesen zu schaffen, um gleichzeitig den Fortbestand des Prinzips der nationalen Einheit und Solidarität zu gewährleisten.

Besonders markante Beispiele für Fortschritte bei der Umsetzung des Regierungsprogramms waren die vor kurzem vollzogene Verfassungs- und Justizreform. Die im August 2005 vom Kongress genehmigten Verfassungsreformen werden als ein weiterer Schritt der demokratischen Normalisierung angesehen. Diese Reform der Verfassung beinhaltet die Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf vier statt bisher sechs Jahre, die Beseitigung des Amtes eines Senators auf Lebenszeit, die Wiedereinführung des Rechts auf Entlassung von Oberkommandierenden des Militärs und des Polizeichefs in die Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten sowie die Beschneidung der Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrats, der nach der neuen Regelung nur noch vom Staatspräsidenten angerufen werden kann. Diese Verfassungsänderungen sind das Ergebnis einer 2004 zwischen der rechtsoppositionellen *Alianza* und der regierenden Mittellinkskoalition *Concertación* erzielten politischen Einigung.

Was den Justizapparat anbelangt, so wurde vor fünf Jahren eine gründliche Überholung des Strafrechts und Strafvollzugs in die Wege geleitet und im Juni 2005 abgeschlossen. Zu den einschneidenden Veränderungen gehört die Abschaffung der Todesstrafe, an deren Stelle eine vierzigjährige Haftstrafe tritt, und die Einführung eines dem US-Modell nachgebildeten Anhörungsverfahrens, anstelle des bisher üblichen Untersuchungsverfahrens. Das Neue an der Reform ist, dass die Staatsanwaltschaft nun unabhängig von den Richtern agiert, um eine effizientere und transparentere öffentliche Vernehmung zu gewährleisten.

Nach dem geltenden Wahlrecht unterliegen sämtliche in Wahllisten geführte chilenische Bürger der Wahlpflicht; in den Wahllisten nicht geführte Personen sind dagegen von der Stimmabgabe ausgeschlossen. Das hat zu einem erheblichen Stimmdefizit bei den Wahlen geführt, da schätzungsweise 2 Mio. Bürger, d. h. beinahe 35 % des Wahlvolks nicht in Wahllisten eingetragen sind. Derzeit ist ein Vorschlag der Regierung zur Reformierung dieses Systems im Kongress anhängig, der die Einführung einer automatischen Wählerregistrierung und die Freiwilligkeit der Stimmabgabe vorsieht.

Was die Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur anlangt, so wurde auf dem Wege zur nationalen Aussöhnung und Aufarbeitung der Geschichte im Dezember 2004 mit dem offiziellen Eingeständnis der Armee, als Institution Mitverantwortung an diesen Menschenrechtsverletzungen zu tragen, ein Durchbruch erzielt. Dieses offizielle Eingeständnis folgte auf die Veröffentlichung des Valech-Berichts, der eine systematische Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur und Augenzeugenberichte überlebender Folteropfer enthält.

Die Stellung Chiles international und regional

Chile ist auf der weltpolitischen Bühne präsent, hat es verstanden, weltweite Handelsbeziehungen zu knüpfen und übernimmt weltpolitische Verantwortung. Im Januar 2005 endete die zweijährige

nichtständige Mitgliedschaft im WSR der VN; ansonsten wirkt Chile in den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen aktiv mit.

Chile beteiligt sich an der Aktion ALTHEA (friedenserhaltende Militäraktion der EU in Bosnien und Herzegowina). Der stark politische Charakter dieser Beteiligung verdient es hervorgehoben zu werden, denn dies zeigt nicht nur das echte Engagement der chilenischen Regierung für Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Welt, sondern ist auch ein Zeichen dafür, dass die Beziehungen zur EU immer enger werden und dass das im November 2004 unterzeichnete Assoziationsabkommen weit mehr bedeutet als nur Handel – es dokumentiert eine umfassende Partnerschaft mit einer politischen Dimension von überragender Bedeutung.

Chile beteiligt sich zudem an der Friedensmission der Vereinten Nationen MINUSTAH in Haiti.

Chile war 2004 Gastland des APEC-Gipfels und der begleitenden Veranstaltungen und hat die Ministerkonferenz der Gemeinschaft der Demokratien im April 2005 ausgerichtet. Hinter der multipolaren Diplomatie Chiles steht das Bestreben, gegenüber den einzelnen regionalen Blöcken eine gewisse Unabhängigkeit zu wahren. Das Land ist Vollmitglied der APEC und der Rio-Gruppe und ist mit dem MERCOSUR assoziiert. Chile hat besondere Sorgfalt auf die Entwicklung seiner Außenhandelsbeziehungen verwandt; es hat dementsprechend mit den führenden Handelspartnern Freihandelsabkommen geschlossen und ist dabei, weitere Abkommen auszuhandeln. Das Assoziationsabkommen und das Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit, beide 2002 unterzeichnet, sind das Fundament für eine sehr enge Beziehung zur EU.

Chiles multilaterales und regionales politisches Engagement wurde damit honoriert, dass der ehemalige Innenminister José Miguel Insulza zum Generalsekretär der OAS gewählt wurde.

Chile und Bolivien haben unter Beibehaltung konsularischer Beziehungen ihre diplomatischen Beziehungen 1978 abgebrochen; Anlass war der Anspruch Boliviens auf souveränen Zugang zum Pazifik durch ein Territorium, das Bolivien im Pazifik-Krieg 1879-83 an Chile verloren hat.

Vorgänge wie chilenische Waffenlieferungen an Ecuador im Jahr 1995, als der Grenzstreit zwischen Ecuador und Perú aufgeflammt war, die Ausstattung der chilenischen Armee mit modernen Waffen zu einem Zeitpunkt, als Perú einen Abrüstungsvorschlag vorlegte sowie die Frage des Verlaufs der Seegrenze zwischen beiden Staaten haben zu Höhen und Tiefen in den Beziehungen zwischen Perú und Chile geführt.

Unterbrechungen in den Gaslieferungen aus Argentinien seit 2004 haben die Abhängigkeit Chiles von Argentinien sichtbar werden lassen und zu Spannungen zwischen beiden Ländern geführt.

Nach dem Erfolg der Integration in die Weltwirtschaft und nach dem Abschluss von Freihandelsabkommen mit den wichtigsten Handelsmächten der Welt steht Chile nun noch vor der Aufgabe, die regionale Integration zu einem Erfolg werden zu lassen und seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu normalisieren.

3.2 Die wirtschaftliche Situation

Nach einem Jahrzehnt beeindruckender Wachstumsraten trat in Chile 1999 im Gefolge der Weltwirtschaftsflaute eine moderate Verlangsamung des Wachstums ein. Bis 2003 dümpelte die Wirtschaft vor sich hin, doch dann zeigten sich deutliche Zeichen für eine Erholung und Chile konnte ein BIP-Wachstum von real 3,3 % erzielen. 2005 lag dann das Wachstum bei 6,3 %. Für

2006 sagte die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) voraus, dass Chile das einzige lateinamerikanische Land mit einem Wachstum von über 5 % des BIP sein wird.² Die Regierung begnügt sich im Wirtschaftsablauf mit der Rolle des Regulators, doch gleichzeitig ist der Staat immer noch Betreiber der größten Kupfergewinnungsgesellschaft und einer Reihe anderer Unternehmen von beachtlichem Gewicht. Die Arbeitslosenquote schwankte in den letzten Jahren zwischen 8 % und 10 % und liegt damit weit über dem Durchschnitt von 5 % bis 6 % der neunziger Jahre. Die Arbeitslosenquote lag im Dreimonatszeitraum Mai bis Juli 2006 bei 8,8 %. Die Erwerbsfähigkeitszahlen sind in den letzten Jahren zwar bereits erheblich gestiegen, aber es scheint immer noch ein großes Potential für ihr weiteres Ansteigen vorhanden zu sein.

Mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von 6.151 USD pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 2005 wurde Chile von der Weltbank in die Kategorie der oberen Gruppe der Staaten mit mittlerem Einkommen und moderater Verschuldung eingestuft. Seit der Regierung Lagos verfolgt Chile eine antizyklische Finanzpolitik, bei der Voraussetzung ist, dass die Regierung über einen Finanzüberschuss von 1 % BIP verfügt, während die Wirtschaft ihrem Potential entsprechend wächst und der Kupferpreis seinen voraussichtlich langfristigen Durchschnittskurs erreicht.

Die chilenische Wirtschaft gilt nicht nur als die am wenigsten korrupte von ganz Lateinamerika, sondern darüber hinaus auch noch als die wettbewerbsstärkste. Das in der Schweiz ansässige Institut für Unternehmensführungsentwicklung hat Chile in einer Studie auf seine Konkurrenzfähigkeit hin bewertet und dem Land Platz 19 auf der Weltrangliste zugewiesen (2004 war es noch Platz 26).

Die unabhängige Zentralbank des Landes verfolgt eine Politik der kontrollierten zwischen 2 % und 4 % schwankenden Inflation. 2005 lag die Inflationsrate bei 7 %, im August 2006 dagegen auf das Jahr bezogen bei 3,8 %.

Ein weiterer Faktor, der zur günstigen Wirtschaftslage beiträgt, ist die Zunahme der in- und ausländischen Investitionen (24 % des BIP für 2004 und voraussichtlich 25 % für 2005), womit Chile in Lateinamerika an dritter Stelle steht. 2004 verteilten sich die ADI³ vor allem auf zwei Sektoren: Bergbau (43 %) und Telekommunikation (27 %), gefolgt von den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (13 %) und den Grundversorgungsdiensten (Strom, Gas und Wasser) mit 5 %.

Dies geht zum Teil auf das Konto einer investorenfreundlichen Politik mit niedrigen Körperschaftssteuern und einer ausländischen Unternehmen gewährten Inländerbehandlung. Die EU ist der größte Investor in Chile. 2005 stammten rund 30 % der ADI (1,9 Mrd. USD) aus dem EU-Raum, worin sich mit aller Deutlichkeit die positiven Auswirkungen des Assoziationsabkommens zeigen. Die wichtigsten Investorstaaten sind Spanien mit einem Anteil von 22,7 %, das VK mit 9,2 %, die Niederlande (2,6 %), Italien (2,5 %) und Frankreich (2,2 %). Die europäische Präsenz ist in den Sektoren Finanzdienstleistungen (32 %), Telekommunikation (17 %) und Bergbau (16 %) besonders stark.

Charakteristisch für die Lage im Energiesektor ist die deutliche Abhängigkeit des Landes vom Energieimport und das Fehlen einer klar formulierten, auf Diversifizierung abzielenden Langzeitstrategie. Das im Mai 2005 vom Kongress ratifizierte Energiegesetz kommt privaten

² Die ECLAC prognostiziert in „Estudio Económico América Latina y el Caribe 2004-2005“ vom August 2005 für Chile im Jahr 2006 ein BIP-Wachstum von 5,5 %.

³ Angaben des *Comité de Inversiones Extranjeras*

Investoren in dem Sektor entgegen. Chile denkt mit Perú, Argentinien, Brasilien und Uruguay außerdem über die Möglichkeit eines Energienetzgroßprojekts nach, vermittels dessen das Erdgas von Camisea in Perú in die genannten Staaten gelangen könnte. Die Förderung von Strategien, die auf den effizienten Einsatz von Energie abgestellt sind, wäre ein Beitrag zur Bekämpfung des Ozonlochs und zur Verwirklichung des entwicklungspolitischen Millenniumsziels 7 (zukunftsfähige Entwicklung).

3.3 Struktur des Handels

1986 hat Chile eine tiefgreifende Liberalisierung seines Außenhandels in die Wege geleitet und einen Einheitszollsatz von 15 % auf alle Waren eingeführt. Seither wurden die Zölle generell schrittweise auf 6 % zurückgenommen. Chile verfolgt in der Region eine Strategie des Freihandels und hat sich in der WTO und namentlich bei der Doha-Runde als aktiver Partner profiliert. Gegenwärtig gehen 65 % der chilenischen Exporte in die Staaten, mit denen Freihandelsabkommen bestehen. Solche separaten FHA unterhält Chile mit den einzelnen NAFTA-Staaten, mit Zentralamerika, mit EU und EFTA, mit Südkorea, Singapur, Neuseeland und Brunei, und seit neuestem auch mit China. Zusätzlich unterhält Chile so genannte wirtschaftliche Ergänzungsabkommen⁴ mit jedem der südamerikanischen Staaten (also auch mit den MERCOSUR-Staaten). Seit 1994 gehört Chile der wirtschaftlichen Kooperation Asien-Pazifik an.

Mit Indien wurde inzwischen ein ehrgeiziges FHA ausgehandelt. Perú und Panamá haben ebenfalls ihre FHA-Verhandlungen mit Chile abgeschlossen. In seiner jüngsten Initiative schlägt Chile eine Freihandelszone vor, die ganz Südamerika sowie Mexiko und Kuba umfasst und regt an, bis 2007 für 84 % und bis 2010 für 100 % des interregionalen Handels Zollfreiheit einzuführen. Chile lotet zudem die Möglichkeiten für Freihandelsabkommen mit Malaysia und Thailand aus.

Trotz der hervorragenden außenwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren stehen noch einige wichtige Angelegenheiten zur Lösung an. Chile muss in den nächsten Jahren vorrangig in folgenden Bereichen tätig werden: übermäßige Abhängigkeit vom Rohstoffexport – namentlich Kupfererz, das einen Anteil von rund 45 % an der Gesamtausfuhr hat -, Kompensierung der durch die niedrigen Zölle verursachten Steuermindereinnahmen und Verstärkung der Funktion des Amtes für Exportförderung.

2005 trug der Handel 65 % zum BIP des Landes bei und erweist sich somit als die treibende Kraft der Volkswirtschaft. Wichtigster Absatzmarkt war nach wie vor die EU mit einem Marktanteil von 22,9 %, doch gleichzeitig bezieht Chile immer noch den Großteil seiner Einfuhren (26,8 %) aus dem MERCOSUR-Raum. Die Einfuhren aus dem EU-Raum machten dagegen nur einen Marktanteil von 15,6 % aus.

2005 machten Bergbauerzeugnisse wie bereits im Jahr zuvor mehr als die Hälfte aller Lieferungen ins Ausland aus (56 %). Diese erhebliche Steigerung geht vor allem auf das Konto der hohen Weltmarktpreise, namentlich für Kupfererz, und findet außerdem seine Erklärung in der steigenden Weltnachfrage, in erster Linie aus China. Internationale Sachverständige prognostizieren ein weiteres Anziehen der Preise noch für mindestens ein Jahr. Andere wichtige Exportgüter sind Salm und Forelle, Frischobst, Wein und Holzpulpe.

⁴ Diese Abkommen sehen namentlich für eine begrenzte Anzahl von Waren eine schrittweise Beseitigung der Zölle vor. Die Aushandlung solcher Abkommen ist in der Regel die erste Stufe einer weiterreichenden Handelsliberalisierung.

Der forcierte Erzabbau wird jedoch für die Umwelt aufgrund zunehmender Verseuchung von Boden und Wasser (u.a. durch Quecksilbereinleitung), Entwaldung und Biodiversitätseinbußen mehr und mehr zu einer Belastung. Bei anstehenden Entscheidungen über ein Engagement der EG in diesem Sektor werden die Umwelterwägungen stets eine wichtige Rolle zu spielen haben.

Das mit der EG geschlossene AA ist das bisher anspruchsvollste Abkommen dieser Art, das Chile je geschlossen hat; es beruht auf drei Säulen – Politikdialog sowie Kooperation und Handel. Seit seinem Inkrafttreten ist das Volumen des bilateralen Handels wertmäßig von 5,6 Mrd. € im Jahr 2002 bis 2005 auf 10,9 Mrd. € angewachsen. Die chilenischen Exporte in den EU-Raum sind deutlich gestiegen, die EU-Exporte nach Chile nehmen sich daneben eher bescheiden aus; in Anbetracht der Kürze der Zeit und des Umstands, dass die Beseitigung der Zölle noch nicht abgeschlossen ist, scheint eine Bilanzierung der Gesamtwirkung des AA noch verfrüht.

Die EU führt aus Chile vor allem Bergbauerzeugnisse (Kupfer und andere Erze), chemisch behandelte Nadelbaumpulpe und Methanol ein. Die EU-Exporte in das Land bestehen dagegen in Waren mit höherer Wertschöpfung wie beispielsweise Beta-Karotin, Maschinenbauprodukte, Kleinbusse, Arzneimittel, Mobiltelefone usw.

3.4 Soziale Entwicklung

Demographie, entwicklungspolitische Millenniumsziele und Sozialausgaben

Chile verfügt über eine relativ junge, weitgehend städtische Bevölkerung. Der Anteil der Altersgruppe der 5- bis 29-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 15,11 Mio. Menschen macht 42,24 % aus. 86,6 % der Menschen leben in städtischen Siedlungsräumen und nur 13,4 % leben auf dem Lande.⁵

In vierzehn Jahren Regierungszeit der demokratischen *Concertación* (1990-2003) ist es gelungen, den Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 38,6% auf 18,8% zurückzuführen, und gleichzeitig konnte der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen von 12,9 auf 4,7 % verringert werden; damit liegt Chile im Vergleichszeitraum über dem lateinamerikanischen Durchschnitt und hat mit zehn Jahren Vorsprung des VN-Millenniumsziel der Halbierung der Armutszahlen verwirklicht (vgl. Anhang 4).⁶ Diese Ergebnisse sind auf das starke Wirtschaftswachstum, daneben aber auch auf die 125,7 %ige Steigerung der öffentlichen Sozialausgaben im genannten Zeitraum zurückzuführen. Der Anteil der öffentlichen Sozialausgaben am Staatshaushalt erhöhte sich von 60,8 % auf 69,7 %.

Für 2006 wurden weitere Steigerungen bei den öffentlichen Sozialaufwendungen namentlich in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Bildung angekündigt, die dank der steigenden Kupferpreise finanziert werden können. Die öffentlichen Sozialaufwendungen pro Kopf der Bevölkerung betragen im Jahr in Chile 936 USD und werden in Lateinamerika nur von Argentinien (1.650 USD) und Uruguay (1.494 USD) übertroffen.

⁵ Quelle: "Instituto Nacional de Estadísticas", Volkszählung 2002

⁶ Angaben der ECLAC zufolge hat sich der für Lateinamerika geltende durchschnittliche Anteil der in Armut lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung von 48,3 % im Jahr 1990 auf 44 % im Jahr 2002 verringert. Der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen ging von 22,5 % auf 19,4 % zurück.

Sozialgefälle und Einkommensverteilung

Nach dem Kriterium der Humanentwicklung liegt Chile zwar auf Platz 37 der UNDP-Liste (Humanentwicklungsindex 0,854), doch nach den Kriterien der Einkommensverteilung liegt es auf Platz 80 oder noch darunter. Die ungleiche Vermögensverteilung ist ein nach wie vor großes Problem. Nach den Entwicklungsindikatoren der Weltbank lag Chile 2005 nach Brasilien, Paraguay und Kolumbien in Lateinamerika auf Platz 4 der Staaten mit ungerechter Einkommensverteilung und nimmt auf der Weltliste Platz 12 ein, womit Chile schlechter dasteht als afrikanische Armutsstaaten wie Sambia, Niger oder Malawi. Der Gini-Index ist mit 57,1 % schlechter als vor zehn Jahren, als er bei 56,4 % lag. 2005 entfielen auf die 10 % ärmsten Menschen in Chile 1,2 % des BIP (2000 waren es 1,4 %), während 10 % der reichsten Chilenen über 47 % des BIP verfügen konnten (2000 waren es 46 %).

Das chilenische Steuerwesen beruht vor allem auf den indirekten Steuern, und durch die geringen Einkommenssteuern werden Geschäftsleute und die Reichsten im Lande begünstigt. Das Steueraufkommen macht lediglich 17 % des BIP aus.

Durch den Finanztransfer in Form von Sozialleistungen an die ärmsten privaten Haushalte wurden die Härten zwar abgemildert, doch die ungleiche Einkommensverteilung hat dennoch sehr negative Auswirkungen, namentlich auf bestimmte Gruppen der Gesellschaft wie Frauen, junge Menschen, alte Menschen, die indigenen Volksgruppen sowie die Bewohner bestimmter ländlicher Gegenden.

So ist beispielsweise das Durchschnittseinkommen der Frauen 30 % niedriger als das der Männer; die Hälfte aller Erwerbstätigen namentlich im informellen Sektor ist aus dem Rentensystem ausgeschlossen, und mehr und mehr alte Menschen müssen von Sozialhilfe leben. Armut und extreme Armut der indigenen Volksgruppen in Chile sind noch weit schlimmer als im Landesdurchschnitt, was dazu geführt hat, dass die Regionen VIII und IX, in denen größere indigene Volksgruppen siedeln, zu den ärmsten in ganz Chile zählen.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung konnte von 2.701 € im Jahre 1990 bis 2003 auf 4.277 € steigen, und gleichzeitig hat es noch zahlreiche andere Fortschritte gegeben. Die Fehlernährung von Kleinkindern konnte von 3 % (1990) bis 2001 auf 1 % gedrückt werden, womit Chile ein weiteres Millenniumsziel vor der Zeit verwirklicht hat. Mehr als 80 % aller Familien verfügten 2002 über eine ordentliche Wohnung, ausgestattet mit Farbfernseher, Eisschrank und Waschmaschine (1992 waren es lediglich 50 %); mehr als 50 % der Familien verfügen über einen Telefonanschluss bzw. ein Mobiltelefon und 32 % haben ein Auto. In den Genuss der öffentlichen Versorgungsdienste wie Trinkwasserversorgung und Anschluss an eine Kanalisation kommen mehr als 90 % der Bevölkerung, und nahezu 100 % aller Chilenen verfügen über einen Anschluss an die Stromversorgung.

Im Juli 2006 betrug der amtliche Mindestlohn 135.000 Pesos (rund 228 USD).

Zugang zu Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung

Die Arbeitslosigkeit ging von 9,8 % im Jahr 1999 auf 8,5 % im Jahr 2003 und auf 8,0 % im Jahr 2005 zurück. Die Frauenarbeitslosigkeit in städtischen Siedlungsräumen übersteigt die durchschnittliche Arbeitslosenquote um 3 %. Die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen übersteigt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der erwerbsfähigen Bevölkerung um mehr als das Zweifache. Tendenziell geht die Entwicklung in Richtung informelle und weniger

gesicherte Beschäftigung ohne Sozialversicherung, bei allgemein steigender Unsicherheit des Arbeitsplatzes.

So wenige Menschen, die weder Lesen noch Schreiben können wie in Chile gibt es kaum irgendwo anders in Lateinamerika, und die Grundschulausbildung ist nahezu flächendeckend gewährleistet. Das Sekundarstufenangebot lag 1990 bei 73 % und konnte bis 2002 auf 89 % gesteigert werden. Chiles größtes Problem scheint jedoch nicht die Anzahl der Schulen, sondern das Niveau des Bildungsangebots vor allem in den öffentlichen Schulen zu sein. Am OECD-Standard gemessen ist die Leistung der Schüler und Studenten vergleichsweise niedrig, wenn auch höher als in den meisten lateinamerikanischen Staaten.

Chiles Gesundheitsversorgungsindikatoren verweisen auf eine im Vergleich zum übrigen Lateinamerika günstige Situation. Die Lebenserwartung hat sich von 72,7 Jahren im Jahr 1990 auf 76 Jahre im Jahr 2003 erhöht; die Kleinkindersterblichkeit fiel von 16,8 (1990) auf 7,8 (2003) zurück; die Müttersterblichkeit verringerte sich von 4,0 (1990) auf 1,7 (2003), und die Sterberate mit TBC als Ursache ermäßigte sich von 5,0 (1990) auf 1,9 (2002). Diese Indikatoren bestätigen, dass sich Chile auf in den meisten Industrieländern übliche Verhältnisse zubewegt – die Gesundheitsausgaben stiegen von 1,9 % BIP im Jahr 1990 auf 3 % BIP im Jahr 2003, was allem Anschein nach mit der Anhebung der öffentlichen Ausgaben für Sozialprogramme in Zusammenhang steht.

Chiles Gesundheitsversorgungssystem ruht auf zwei Säulen und ist in eine öffentliche und eine private Gesundheitsversorgung gespalten. Die gravierendsten Unzulänglichkeiten des Systems der öffentlichen Gesundheitsversorgung sind darin zu sehen, dass die Ärmsten im Lande und die alten Menschen kaum versorgt werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass mit dem staatlichen Plan universeller Zugang zur Gesundheitsversorgung (Acceso universal con garantias explicitas, AUGÉ) ausgestattet mit ausdrücklichen Garantien sowie Unterstützung für die 56 häufigsten und kostspieligsten Erkrankungen gewährt wird.

Die indigenen Volksgruppen – der am stärksten benachteiligte und sozial schwächste Teil der Bevölkerung

Annähernd 700.000 Personen, 4,6 % der Landesbevölkerung, gelten in Chile als Angehörige indigener Volksgruppen. Man unterscheidet acht solcher Volksgruppen, von denen die Mapuche mit einem Anteil von 87,3 % die größte sind, gefolgt von den Aymara (7 %) und den Atacameños (3 %); die Mapuche siedeln vor allem in den Regionen VIII, IX und X (Bio-Bío, Araucanía und Los Lagos) sowie in der Hauptstadtregion.

Mehrere Indikatoren zeigen, dass die indigene Bevölkerung stärker als die übrige Bevölkerung unter Diskriminierung, Bedürftigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung leidet. Von Armut betroffen waren 2003 29,2 % der Indigenen, bei einem Landesdurchschnitt von nur 18,8 %; in extremer Armut leben 4,7 % der Indigenen (doppelt so viele wie im Landesdurchschnitt, wobei von den auf dem Lande siedelnden Indigenen beinahe dreimal mehr extrem arm sind als im landesweiten Durchschnitt).

Die Regionen VIII, IX und X, in denen die Mehrheit der Mapuche lebt, sind zugleich die ärmsten Regionen des Landes. 8 % der Indigenen können weder Lesen noch Schreiben, bei der übrigen Bevölkerung liegt der Anteil bei 3,5 %. Die Indikatoren für das Bildungswesen zeigen, dass die Indigenen nach wie vor im Nachteil sind; so haben 54 % der Indigenen die Grundschule abgeschlossen, gegenüber 66 % für die übrige Bevölkerung. Bei den Hochschulabschlüssen ist der Abstand noch größer: der Anteil der Indigenen liegt bei 8 % und der der übrigen Bevölkerung

bei 16 %. Die Kleinkindsterblichkeit ist bei den Indigenen dreimal höher als im Landesdurchschnitt.

Seit 1990 haben die verschiedenen Regierungen wichtige Schritte unternommen, um Abhilfe zu schaffen. So wurde 1993 das Indigenengesetz (Gesetz Nr. 19.253) verabschiedet, mit dem in aller Form die ethnische und kulturelle Identität aller indigenen Volksgruppen anerkannt wird. Nach Artikel 1 dieses Gesetzes obliegt es dem chilenischen Staat, die indigenen Volksgruppen zu achten, zu schützen und in ihrer Entwicklung zu fördern. Der Staat gesteht den Indigenen zudem das Recht zu, ihre Kultur zu pflegen und zu mehren und trägt Sorge dafür, dass ihr Grund und Boden unter gesetzlich garantiertem Rechtsschutz steht und weder enteignet noch beschlagnahmt noch käuflich erworben werden kann, außer in Fällen, in denen ein Verkauf oder eine Übereignung unter Angehörigen indigener Volksgruppen getätigt werden. Das Gesetz ist zudem die Rechtsgrundlage für:

- den *Fondo para Tierras e Aguas Indígenas*), aus dem Indigenenkommunen Hilfe für den Erwerb von Grund und Boden und zur Finanzierung von Rechtsverfahren zur Beilegung von Landeigentumsstreitigkeiten erhalten;
- den Fondo para el Desarrollo indígena aus dem Entwicklungsprogramme mitfinanziert werden. Dieser Fonds wird von der Staatlichen Organisation für die Entwicklung der indigenen Bevölkerung (CONADI) verwaltet;
- die Einrichtung von Zonen, in denen der Staat schwerpunktmäßig seine Maßnahmen zugunsten der Entwicklung der indigenen Bevölkerung durchführt;
- die Staatliche Organisation für die Entwicklung der indigenen Bevölkerung (CONADI), bei der es sich um eine öffentliche Körperschaft handelt, die zur Aufgabe hat, staatliche Entwicklungsmaßnahmen zur Förderung von Aktivitäten der indigenen Bevölkerung zu unterstützen, zu koordinieren und umzusetzen, namentlich in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Kultur.

Es sei darauf verwiesen, dass die 1989 überarbeitete chilenische Verfassung sämtliche die menschliche Person berührenden Rechte garantiert und dass Verfassung und Gesetz jedem Bürger Chiles das Recht zubilligen, gerichtliche oder administrative Verfahren anzustrengen, falls er sich in seinen Rechten eingeschränkt bzw. verletzt fühlt. Die Verfassung erkennt jedoch die Mapuche als solche nicht an, so dass Chile das ILO-Übereinkommen 169 betreffend in unabhängigen Staaten lebende indigene Volksgruppen und Stammesverbände unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit nicht ratifiziert hat.

Beispiel für breit angelegte Antidiskriminierungsmaßnahmen sind das “Stipendien- und Wohnprogramm” zur Eindämmung der Diskriminierungen auf Hochschulebene und das Programa Origenes zur Förderung der Teilhabe der indigenen Bevölkerung an den Entscheidungsfindungsprozessen der Raumplanung.

Der 2003 vorgelegte Bericht der Kommission für geschichtliche Wahrheit und eine neue Einstellung der Gesellschaft gegenüber den indigenen Volksgruppen enthält Forderungen nach verfassungsrechtlicher Anerkennung der indigenen Volksgruppen, fordert für sie das Recht ein, eigene Vertreter zu wählen und verlangt ihren Einzug in die Gremien der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung. Der Bericht und seine Empfehlungen waren zwar ein Beitrag zur *Política del Nuevo Trato* der Regierung Lagos, die ihrerseits eine weitergehende Anerkennung der politischen Rechte der indigenen Volksgruppen forderte, doch aufgrund des Widerstands der

oppositionellen *Alianza* fanden sie bei der Verfassungsreform vom August 2005 keine Berücksichtigung.

3.5 Umwelt

Einer von der OECD durchgeführten Umweltbilanz zufolge sind in Chile einige natürliche Ressourcen in Anbetracht des rasanten Wirtschaftswachstums namentlich in den sich stark entwickelnden Sektoren Bergbau, Forstwirtschaft und Aquakultur erheblichen Belastungen ausgesetzt. Chile liegt in einem Teil der Erde, in dem sich der Klimawandel sehr stark bemerkbar macht und muss deshalb bei der Abmilderung der negativen Folgen und in seinen Anpassungsbemühungen unterstützt werden.

Chile hat auf der Grundlage eines sektorenübergreifenden umweltrelevanten Koordinierungsmodells seine mit dem Umweltschutz befassten Institutionen verstärkt. Zudem hat es seine Umweltschutzaktivitäten in den Bereichen Luftreinhaltung, Abfallentsorgung und Regulierung der Biodiversität unter Einsatz innovativer Instrumente (z. B. im Bereich Handel) und erfolgreicher Reformen (Beispiel Wasserversorgung) multipliziert.

Im zurückliegenden Jahrzehnt stand der Umweltschutz stark unter dem Einfluss von Gesundheitserwägungen und den Erfordernissen des internationalen Handels. Zu den noch zu bewältigenden wichtigen Aufgaben zählen fortgesetzte Verbesserungen in der Umweltverwaltung, Einbeziehung der Umweltbelange in die einzelnen sektoralen Strategien, Verbesserung des im Umweltschutz eingesetzten Instrumentariums und der weitere Ausbau der zuständigen Verwaltungseinrichtungen.

3.6 Bewertung des Reformprozesses

Der Reformprozess hat im Verlauf der drei aufeinander folgenden demokratischen Regierungen unter Führung der *Concertación* konkrete Formen angenommen, und es wird erwartet, dass er durch die nächste Regierung fortgesetzt wird, da politischer Konsens darüber besteht, dass Armut und Ungerechtigkeit weiter abgebaut werden, dass Bildungs- und Gesundheitswesen weiter ausgebaut, das Wirtschaftswachstum gesteigert und die demokratischen Einrichtungen des Landes verstärkt werden müssen.

Ein wichtiger Faktor der demokratischen Reformen ist die Weiterführung der Modernisierung des Staatswesens, unter besonderer Berücksichtigung des Verwaltungsapparats. Ziel ist eine leistungsstarke transparente öffentliche Verwaltung, die mit Hilfe eines verstärkten Einsatzes neuer Informations- und Kommunikationstechnologien zu größerer Bürgernähe der Regierung beiträgt.

Der Reformprozess und die bereits zu verzeichnenden Fortschritte tragen erheblich zur Konsolidierung der demokratischen Strukturen, zur Festigung der Institutionen und zur Leistung der öffentlichen Verwaltung bei.

4. DIE BISHERIGE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT DER EG IM ÜBERBLICK: KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

Steigendes Pro-Kopf-Einkommen, politische Stabilität und kontinuierliche Festigung der demokratischen Verhältnisse haben dazu geführt, dass sich die Finanzströme der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Richtung Chile deutlich verlangsamt haben.

Chile erhält als Land mit mittlerem Einkommen weiterhin die finanzielle Hilfe einiger weniger Geber, und zwar eher nach dem Grundsatz einer für alle Beteiligten profitablen Zusammenarbeit als nach dem Konzept einer Hilfe herkömmlichen Stils.

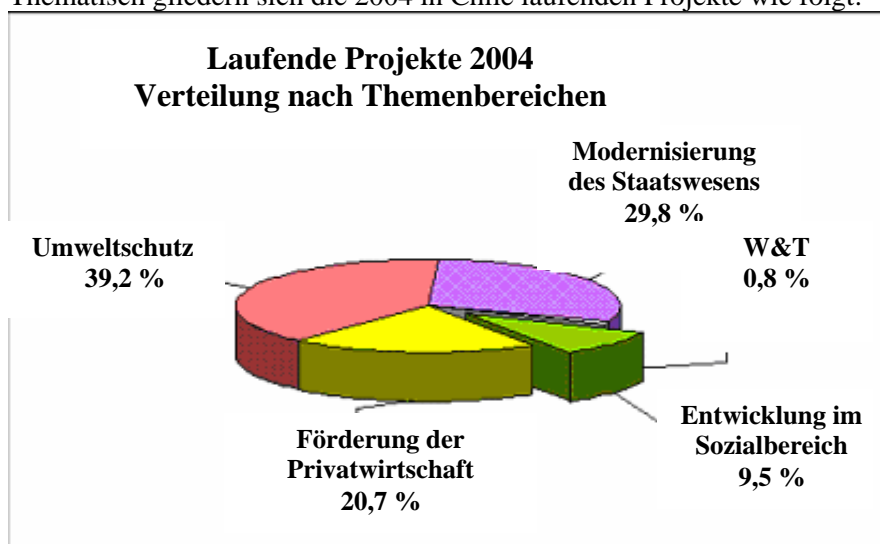
Die *Agencia de Cooperación Internacional* (AGCI) ist die für die Bewirtschaftung der Gebermittel zuständige Regierungsstelle. Sie verwaltet zudem die Mittel, die Chile seinerseits als Hilfe anderen Länder der Region zukommen lässt.

Die Gebermittel werden in der Hauptsache in spezifische Kooperationsprojekte und in Programme zur Schulung von Chilenen im Ausland gelenkt.

1990, im ersten Jahr der neuen Demokratie, erhielt Chile erhebliche Mittel vornehmlich zur Förderung der Sozialentwicklung, zur Festigung der demokratischen Verhältnisse und zur Verbesserung der Voraussetzungen für verantwortliches Regieren. Seit den letzten Jahren werden die erheblich geschrumpften Mittel der Hilfe in Bereiche wie Verwaltungsaufbau, Reform des Staatswesens, Förderung der Privatwirtschaft, Umweltschutz sowie Wissenschaft und Technologie gelenkt.

Derzeit laufen mehr als 100 Projekte, für die insgesamt rund 120 Mio. € bereitgestellt wurden (vgl. Anhang 3). Die EG ist der wichtigste multilaterale Geldgeber, und unter den bilateralen Gebern sind Deutschland, Japan, Frankreich, Schweden, Kanada und Belgien führend.

Thematisch gliedern sich die 2004 in Chile laufenden Projekte wie folgt:⁷



⁷ Quelle: AGCI

4.1 Die bisherige Entwicklungszusammenarbeit der EG im Überblick

Chile verwaltet zurzeit Projekte im Wert von ungefähr 61 Mio. € zu denen die EG einen Beitrag leistet. Hauptbeteiligter ist die chilenische Regierung, vertreten durch die AGCI, die zugleich offizieller Partner der bilateralen Kooperation der EG ist. Die laufenden Projekte stehen in ihrer Zusammensetzung mit denen im Länderstrategiepapier 2002-2006 formulierten Entwicklungszielen der EG im Einklang und lassen sich wie folgt gliedern

- (a) Die Projekte, die unter das LSP 2002-2006 fallen, beanspruchen 57 % des gesamten derzeit eingesetzten Budgets. Diese Projekte dienen der Mittelstandsförderung, Förderung technologischer Innovationen und der Reformierung des Staatswesens.
- (b) Die übrigen bilateralen, noch vor dem LSP genehmigten Kooperationsprojekte binden 31 % des Gesamtbudgets und beziehen sich auf Dezentralisierung der Verwaltung, Förderung des verantwortlichen Regierens sowie der sozialen und produktionswirksamen Entwicklung in ländlichen Gegenden.
- (c) Auf Projekte der regierungsunabhängigen Organisationen entfallen 12 % der Budgetmittel; diese Projekte sind zwar relativ klein dimensioniert und mit relativ geringem Finanzaufwand verbunden, leisten aber in so unterschiedlichen Bereichen wie Menschenrechte, Gleichstellung, Anerkennung der indigenen Identität, Armutsbekämpfung, Kommunalentwicklung, Bekämpfung von häuslicher Gewalt usw. einen wertvollen Beitrag.

Die Ziele der prioritären Bereiche des LSP 2002-2006 – namentlich in den Bereichen Wirtschaftszusammenarbeit, technologische Innovation, Unterstützung der Reformierung des Staatswesens – wurden erreicht. Lediglich für eine Maßnahme im Umweltschutz ist noch die entsprechende Mittelbindung vorzunehmen. Der gesamte im LSP vorgesehene Betrag von 34,4 Mio. € ist inzwischen gebunden.

Chile hat sich als guter Kooperationspartner erwiesen, der über die erforderlichen institutionellen, finanziellen und technischen Kompetenzen und Möglichkeiten verfügt, um Kooperationsvorhaben durchzuführen, die von der EG bereitgestellten Mittel durch Eigenbeitrag zu ergänzen und bei der Durchführung der Projekte mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung mitzuwirken. Die chilenischen Institutionen, die die Hilfe entgegennehmen, wurden in den geltenden EG-Verfahren geschult.

Die mit Gebermitteln unterstützten regierungsunabhängigen Organisationen haben eine wichtige Funktion erfüllt, und zwar vor allem dadurch, dass sie für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Diskussion über bestimmte Regierungsstrategien geworben haben; sie haben zur Verringerung des Abstands zwischen den Menschen und der Regierung beigetragen, wobei die mangelnde Bürgernähe für die Regierung immer noch ein heikler Punkt ist. Da Chile jedoch für die Entwicklungszusammenarbeit nicht länger ein prioritäres Betätigungsfeld ist, ist auch die Unterstützung der chilenischen regierungsunabhängigen Organisation im Schwinden. Aus demselben Grund haben für Chile auch die thematischen Haushaltslinien der EG an Aktualität eingebüßt.

Chile erhält auch EG-Mittel für die Räumung von Landminen. Für 2005 wurden in diesem Zusammenhang 1,5 Mio. € für ein Projekt gebunden, das von dem UNDP in Zusammenarbeit mit den zuständigen chilenischen Behörden verwaltet wird.

Chile nimmt außerdem aktiv an den Regionalprogrammen der EG teil. Chile nimmt an @LIS teil und trägt zu den Dialognetzen sowohl im Bereich Politik wie auch im Bereich Regulierung bei und arbeitet an Vorführprojekten mit. In den letzten Jahren hat Chile für 87 Anträge (8 % der insgesamt genehmigten Anträge) Mittel aus dem ALBAN-Programm erhalten. Im Rahmen des URB-AL-Programms leiten Chilenen zwei thematische Netze und 11 Durchführungsprojekte. Die Wirtschaft hat zu zahlreichen aus AL-INVEST-Mitteln finanzierten Veranstaltungen teilgenommen, und seit 1994 wurden Handelsaufträge im Wert von rund 15 Mio. € unterzeichnet. Hochschuleinrichtungen sind im ALFA-Programm sehr aktiv, nehmen an 99 von 208 ausgewählten Projekten teil und koordinieren 19 davon.

4.2 Die Programme der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber

4.2.1 Die Programme der EU-Mitgliedstaaten

In den Jahren 2002 und 2003 erhielt Chile 70 Mio. € an internationaler Kooperationshilfe⁸, und 55 % der Mittel kamen aus den EU-Mitgliedstaaten und gingen in erster Linie in spezifische Projekte, technische Hilfe und Stipendienprogramme.

Diese Aktivitäten sind umso erfolgreicher, als zwischen der EG und den Mitgliedstaaten im Wege regelmäßiger Gespräche der in Santiago de Chile stationierten EU-Berater für Entwicklungszusammenarbeit eine enge Koordinierung stattfindet und mit den übrigen Gebern regelmäßige Kontakte organisiert werden; auf diese Weise ist gewährleistet, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EG die Maßnahmen anderer Geber und die der Mitgliedstaaten ergänzt und Synergieeffekte auslöst.

Der wichtigste bilaterale Geber ist nach wie vor Deutschland, das die Modernisierung des Staatswesens, den Umweltschutz und die zukunftsfähige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unterstützt.

Im Juli 2005 hat Deutschland ein weiteres bilaterales Kooperationsabkommen mit Chile über einen Gesamtwert von 50 Mio. € unterzeichnet, wovon 4,5 Mio. € auf die technische Zusammenarbeit, 10 Mio. € auf Kredite und bis zu 20 Mio. € auf Bürgschaften entfallen. Diese Kooperation findet vor allem im Umweltschutz und im Energiesektor statt.

Die übrigen im Lande engagierten EU-Mitgliedstaaten sind Belgien mit einem Anteil von 8 % an der Kooperation der Mitgliedstaaten in Chile (2004), das sich in den Bereichen soziale Entwicklung, Wissenschaft und Technologie sowie Vergabe von Stipendien betätigt; Frankreich, mit 6 % Anteil an der EG-Kooperation (2004), das sich in der technischen Kooperation, im Bildungswesen, in der Landwirtschaft, in Wissenschaft und Technologie und im Kulturbereich betätigt; Schweden, das 3 % zur Hilfeleistung der Mitgliedstaaten beiträgt und sich vor allem auf die Entwicklung der Privatwirtschaft konzentriert; Spanien ist aktiv im Verwaltungsaufbau und unterstützt Initiativen der Dreieckskooperation.

4.2.2 Sonstige bilaterale Geber

Kanada unterstützt Maßnahmen im Bereich der Reformierung des Staatswesens, namentlich in Verbindung mit der neuen Strafprozessordnung; Südkorea leistet Kooperationshilfe im Bereich

⁸ Quelle: OECD

IT, und Japan unterstützt eine Vielfalt von Projekten, stellt technische Hilfe im Rahmen von Freiwilligenprogrammen bereit und gewährt nichtrückzahlbare Finanzhilfe, die vornehmlich im Umweltschutz und im Technologiebereich eingesetzt wird.

Auf multilateraler Ebene unterstützt die Organisation Amerikanischer Staaten regionale Kooperationsprojekte, an denen sich mindestens drei OAS-Mitgliedstaaten beteiligen; die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank hat ihre technische Kooperation mit Chile eingestellt, hält aber Finanzmittel für die Darlehensvergabe bereit, die tatsächlich der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft dienen. Die Weltbank verfolgt eine ähnliche Strategie.

4.3 Lehren aus der Vergangenheit

Die bei der Umsetzung des derzeitigen LSP gesammelten Erfahrungen zeigen, dass die Inanspruchnahme von Sektorfonds, wie der *Fondo de Apoyo a la implementación del Acuerdo de Asociación* und der *Fondo de Modernización del Estado* zu einer sehr starken eigenverantwortlichen Mitwirkung der Projektnehmer an den einzelnen Projekten führt, und darin liegt das Geheimnis für Erfolg und Tragfähigkeit jeglichen Projekts. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die Projektvorschläge für spezifische Maßnahmen von Behörden eingebracht werden, die jeweils von der Sache unmittelbar betroffen sind und für die Umsetzung die Verantwortung tragen, was gewissermaßen die Garantie für gute Ergebnisse ist.

Den von der Evaluierungsmission formulierten Empfehlungen zum Einsatz operativer Mittel bei der Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit der EG in Chile vom August 2006 ist Rechnung zu tragen.

5. DIE STRATEGIE DER EG

In einigen reicheren Staaten oder in Flächenstaaten mit mittlerem Einkommen können die klassischen Kooperationsmodelle nur wenig oder gar nichts bewirken. Staaten wie Chile verfügen im Allgemeinen über genügend Ressourcen und Kapazitäten, um die Lösung interner sozialer und Entwicklungsprobleme anzugehen, die normalerweise das Betätigungsfeld der klassischen Entwicklungszusammenarbeit sind. Fest steht, dass die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit von der EG bereitzustellenden Mittel nicht ausreichen, um in Chile eine signifikante Wirkung zu erzielen, geschweige denn das Land in seinen Strategieentscheidungen zu beeinflussen. Um die außenpolitischen Absichten einschließlich im Bereich des sozialen Zusammenhalts in solchen großen und bereits besser entwickelten Staaten zu verwirklichen bedarf es einer Entwicklungszusammenarbeit neuen Stils, die den Interessen beider Parteien entspricht und die der Notwendigkeit gerecht wird, die bilateralen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Aus der Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Geflechts der Europäischen Union und ihrer allmählichen Integration in den zurückliegenden 40 Jahren können die aufstrebenden Partner der globalisierten und gleichzeitig regionalisierten Welt wertvolle Lehren ziehen. Das Beispiel der EU kann insbesondere veranschaulichen, wie sehr der soziale Zusammenhalt im nationalen Interesse regionaler Partner mit mittlerem Einkommen liegen kann.

Darüber hinaus bekräftigt die gemeinsame Erklärung der EU zur Entwicklungszusammenarbeit vom November 2005 die Bedeutung einer fortgesetzten Unterstützung von Ländern mit mittlerem Einkommen für die Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele und für die Gewährleistung einer zukunftsfähigen globalen Entwicklung, die politische, wirtschaftliche,

soziale und ökologische Aspekte ebenso umfasst wie die Faktoren verantwortliches Regieren, Menschenrechte und Demokratie. Gleichzeitig rückt die Umsetzung der von der EU und international festgelegten Normen im Zusammenhang mit verantwortlichem Geschäftsgebaren und Rechenschaftspflicht in den Bereichen Finanzen, Steuerwesen und Justizwesen immer mehr in den Vordergrund.

Das Assoziationsabkommen ist die Rechtsgrundlage für die politischen, arbeitspolitischen und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen der EG und Chile. Allgemeine Ziele der Kooperation:

- Stärkung der institutionellen Kapazitäten zur Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
- Förderung der Entwicklung im Sozialsektor, möglichst Hand in Hand mit wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz;
- Freisetzung von Synergieeffekten im Produktivsektor und damit Schaffung von neuen Investitionsmöglichkeiten sowie Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation;
- Verstärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit unter Nutzung der Möglichkeiten des Assoziationsabkommens.

In dem Abkommen betonen beide Parteien die Bedeutung von wirtschaftlicher, finanzieller und technischer Zusammenarbeit als Mittel zur erfolgreichen Erfüllung von Geist und Buchstaben des Assoziationsabkommens und als Instrument zur Verwirklichung einer engeren Partnerschaft. Die EU verfolgt mit diesem Assoziationsabkommen die Absicht, dem Entwicklungsstand und der internationalen Bedeutung Chiles entsprechende Formen der Kooperation zu entwickeln und zu verwirklichen.

Begründung der Schwerpunktwahl

Vorrangiges Ziel der EG-Strategie für die Jahre 2007-2013 ist es, dem AA durch Kooperation und politischen Dialog in den Bereichen sozialer Zusammenhalt, Bildung (akademischer Austausch und Stipendien), Innovation und Wettbewerb eine zusätzliche Dimension zu verleihen.

Zwanzig Jahre erfolgreiche Wirtschaftsstrategie haben Chile zu einer der dynamischsten Volkswirtschaften der Welt aufsteigen lassen. Das Land steht jetzt vor der Aufgabe, das Wirtschaftswachstum und die sozioökonomische Entwicklung ganz allgemein zu verstetigen, um so zu sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit für alle und zu einem befriedigenden Umweltschutz zu gelangen. Die hier vorgenommene Schwerpunktwahl ist somit ganz im Sinne der weiteren Entwicklung des Landes und deckungsgleich mit der Prioritätensetzung der Regierung, und – das wurde hier schon mehrfach gesagt – der soziale Zusammenhalt und die Bildung sind zugleich Prioritäten der EU. Außerdem wird mit dieser Schwerpunktwahl unmittelbar an die Prioritäten des in diesem Jahr endenden LSP 2002-2006 angeknüpft, namentlich was die Modernisierung des Staatswesens, die wirtschaftliche Kooperation und die technologische Innovation anbelangt. Somit bauen die jetzt vorgesehenen Projekte im Bereich sozialer Zusammenhalt, Innovation und Wettbewerb auf die Ergebnisse voraufgegangener Projekte auf, was zudem der Bestandssicherung und der Verstetigung der Entwicklung dient.

Das AA ist Kern der Beziehungen EU-Chile und die geeignete Grundlage für Aktivitäten von beiderseitigem Interesse. Das AA schafft die Voraussetzungen für Kooperation und politischen Dialog, was zu einer Verdichtung der beiderseitigen Beziehungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Wirtschaft und Handel sowie zur positiven sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Chiles beiträgt. Die Kooperation ist eine der Säulen, auf denen das AA ruht; beide Parteien

bekräftigen in dem Abkommen die Bedeutung von wirtschaftlicher, finanzieller und technischer Zusammenarbeit als Mittel zu erfolgreicher Erfüllung von Geist und Buchstaben des Assoziationsabkommens.

In Anbetracht exzellenter bilateraler Beziehungen und einer auf gemeinsames ethisches Verständnis gegründeten starken Partnerschaft und identischer Auffassungen in mehreren Bereichen ist die Kommission davon überzeugt, dass die Kooperation auf der Grundlage des AA für Chile von Vorteil sein und sich positiv auf die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes auswirken (es sei noch einmal daran erinnert, dass die EG Chiles größter multilateraler Geldgeber ist) und zu langfristig zukunftsfähiger Entwicklung führen kann.

Die Ziele der vorgeschlagenen Strategie wurden im Juni 2005 mit den Hauptbeteiligten der chilenischen Zivilgesellschaft im Rahmen eines zweitägigen von der EK-Delegation in Santiago de Chile organisierten Seminars abschließend erörtert; unter den Seminarteilnehmern waren Vertreter der Regierung, der Privatwirtschaft, der regierungsunabhängigen Organisationen sowie der Hochschulen und Forschungsinstitute. Das Ergebnis der Gespräche war die Bestätigung der Strategie; deutlich wurde zudem der allgemeine Konsens in Bezug auf Sinn und Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Aktionsschwerpunkte. Die vorgeschlagenen Schwerpunktsektoren wurden auch mit der AGCI erörtert und einvernehmlich verabschiedet.

Querschnittsthemen

Maßnahmen in den Schwerpunktsektoren wirken sich zwangsläufig auf Querschnittsthemen wie Menschenrechte, Demokratie, Teilhabe der Bürger, Verwaltungsaufbau, Gleichstellung, indigene Volksgruppen, Umweltschutz und den Kampf gegen HIV/AIDS aus. So ergeben sich mit der Kooperation im Bildungswesen oder im Sozialbereich weitere Wege der Hilfe, was wiederum zu einer ausgewogeneren und gerechteren Entwicklung der chilenischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit beiträgt, bei der insbesondere auch die Rechte benachteiligter Gruppen – z. B. Indigene, Frauen und mittellose Kinder – stärker zur Geltung kommen können. Bei Kooperationsmaßnahmen im Bereich Forschung und Technologie oder sozialer Zusammenhalt kann davon ausgegangen werden, dass lebenswichtige Umweltanliegen wie das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit und Stärkung des institutionellen Unterbaus des Umweltschutzes in Angriff genommen werden.

Kooperationsmaßnahmen in den Bereichen Innovation, Wettbewerb oder gar Forschung und Technologie können beispielsweise durch Werbung für "saubere" Technologien in der Industrie den Effekt haben, dass Strategien zur Erhöhung des Umweltbewusstseins der Wirtschaft integriert werden. Zwecks Gewährleistung eines ökologisch vertretbaren Engagements der EG bei einzelnen Projekten sollten Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden, wo immer dies geboten erscheint.

5.1 Die Schwerpunktsektoren

Der Strategievorschlag für 2007-2013 umfasst folglich die drei Schwerpunkte:

- I. Sozialer Zusammenhalt
- II. Bildungswesen: akademischer Austausch und Stipendien
- III. Innovation und Wettbewerb

I. Sozialer Zusammenhalt

Im AA wird die Bedeutung der Entwicklung im Sozialbereich herausgestellt und darauf hingewiesen, dass sie mit einer entsprechenden wirtschaftlichen Entwicklung und zukunftsfähiger Umweltpolitik einhergehen muss; es kommen Kooperationsmaßnahmen in sämtlichen Sektoren in Betracht, die von beiderseitigem Interesse sind. Chile erkennt an, wie wichtig der feste soziale Zusammenhalt für die Gesamtentwicklung des Landes ist; die Förderung des sozialen Zusammenhalts ist zur gleichen Zeit auch eine Priorität der Beziehungen EU/Lateinamerika wie 2004 im Schlusskommuniqué des Gipfels von Guadalajara und im Mai 2006 auf dem Wiener Gipfel bestätigt wurde.

Sozial gesehen durchläuft Chile einen erheblichen Modernisierungsprozess; es sind gute Fortschritte zu verzeichnen, doch in Bezug auf Einkommensverteilung oder beim Zugang zu Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Bildung und Justiz besteht noch erhebliche Ungleichheit. Mangelnder sozialer Zusammenhalt kann sich negativ auf die politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität auswirken, was ihn zu einem wichtigen Parameter der entwicklungsstrategischen Planung werden lässt. Die chilenische Politik steht somit vor der wichtigen Aufgabe, bei politischen Entscheidungen in Bezug auf soziale und finanzielle Umverteilung, Schaffung von Arbeitsplätzen, berufliche Bildung, Schulbildung und Beseitigung von Lohn- und Gehaltsdiskriminierung aus Gründen des Geschlechts, Zuwanderern, der Volksgruppenzugehörigkeit oder der Geographie wirksam zu reagieren, um zu mehr Chancengleichheit zu gelangen.

Die EU kann Chile dazu mit ihren wertvollen sozial- und beschäftigungspolitischen Erfahrungen, die sich auch auf die Teilhabe der Bürger erstrecken, von Nutzen sein. Es sei daran erinnert, dass es zwischen der EG und Chile bereits einen Dialog zu Fragen der Sozial- und Beschäftigungspolitik gibt, der in praktische Maßnahmen auf beiden Seiten einmünden dürfte.

II. Bildungswesen: akademischer Austausch und Stipendien

Wie bereits gesagt, hat Chile im Bildungssektor zwar Fortschritte gemacht (Einrichtung von Grund- und Mittelschulen in großer Zahl), doch Niveau und Leistung der Schulen lassen noch zu wünschen übrig. Die geringe Zahl Postgraduierter im Hochschulbereich (Masterdiplom und Promotion) wird als Hemmnis für die Entwicklung des Landes angesehen. Von 1999 bis 2003 hat sich die Zahl der Promotionen zwar verdoppelt (womit die Quote pro Million Einwohner sich von 5 auf 9 erhöhte), doch Chile ist weiterhin stark im Rückstand: die Quote reichte in den OECD-Staaten von 85 (Griechenland) bis 284 (Finnland). Chile hat nur wenig postgraduierte Lehrer, die sich in der Forschung betätigen. Von 40.000 an den Hochschulen tätigen Personen gehen nur 7.000 einer Forschertätigkeit an privaten oder staatlichen Hochschulen nach. Um das Niveau beispielsweise Griechenlands oder Portugals zu erreichen, müsste der Anteil der in der Forschung tätigen Hochschulangehörigen bei 15.000 bzw. 22.000 liegen.

In Chile dominiert noch immer die Universität herkömmlichen Stils, die in traditionellen Berufen ausbildet und sich nicht genug an den veränderten Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientiert. Es herrscht Mangel an technischen Fachkräften, technische Berufe genießen zudem nur geringes gesellschaftliches Ansehen, obwohl sie für die Wirtschaft von überragender Bedeutung sind. Die Ausbildung in einzelnen Spezialisierungen ist unzureichend. Hochschule und Privatwirtschaft arbeiten kaum zusammen, weshalb Hochschulabsolventen von der Privatwirtschaft nur selten Gelegenheit zur Fortbildung bzw. zu Praktika geboten wird, mit der Konsequenz, dass es nach Nachwuchskräfte am Arbeitsmarkt schwer haben.

Studiengänge, die zur Promotion bzw. zum Masterdiplom führen, werden nur begrenzt angeboten und bleiben auf eine kleine Anzahl von Hochschuleinrichtungen beschränkt – die Zahl der jährlichen Diplome ist entsprechend gering. Außerdem sind nur in wenigen Hochschulprogrammen Forschungsvorhaben vorgesehen; in Anbetracht der geringen Kontakte zur Wirtschaft liegt das Schwergewicht der Hochschulforschung im Grundlagen- bzw. rein akademischen Bereich.

Angesichts dieser Situation könnte der Beitrag der EU zur Verbesserung der weiterführenden Schulen und Hochschulen in Chile durchaus von Nutzen sein, denn sie verfügt über einschlägige Erfahrungen und Methoden und kann Chile die Vorteile einer Zusammenarbeit in einschlägigen Programmen zur Förderung der Kooperation mit Drittländern im Hochschulbereich verweisen. Im März 2005 haben die Kommission und das chilenische Bildungsministerium bereits erste bildungspolitische Gespräche geführt, in deren Verlauf die Bedürfnisse Chiles bilanziert und die Weichen für einen künftigen Dialog in Form eines Erfahrungs- und Informationsaustauschs gestellt wurden.

Verstärkte Beziehungen auf Hochschulebene durch die Einrichtung von Zentren für Europa-Studien bzw. intensiveren akademischen Austausch und Bereitstellung entsprechender Finanzmittel für chilenische Stipendiaten können dazu beitragen, dass man in Chile mehr über die EU erfährt. Gleichzeitig werden auf diese Weise dem gebildeten Nachwuchs, der wahrscheinlich künftig die akademische und politische Elite des Landes stellen wird, Möglichkeiten gegeben, wertvolle Beziehungen aufzubauen.

Chile hat den Sektor weiterführende Schulen und Hochschulen zur Priorität erhoben, um seinen Rückstand in diesem Bereich abzubauen, und die EU trägt dazu mit Erfahrung und mit ihrer Kompetenz in Sachen modernes konkurrenzfähiges Bildungswesen bei.

III. Innovation und Wettbewerb

Diese Priorität gilt der Förderung von Innovation und Wettbewerb in der chilenischen Wirtschaft, bei gleichzeitiger Gewährleistung von zukunftsfähigem Wachstum und stärkerer Berücksichtigung handelsfördernder Maßnahmen. Die Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab – hohe Wachstumsraten über einen langen Zeitraum sind erfahrungsgemäß selten, wenn Länder ihre Produktion und ihre Ausfuhrfähigkeit auf herkömmliche Produkte gründen. Die Diversifizierung der chilenischen Wirtschaft vor allem im Sekundär- und Tertiärsektor ist somit eine Priorität.

Ein Schlüssel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes liegt in seiner Fähigkeit, seine Produktion innovativ zu verändern und somit die Wertschöpfung zu steigern. Damit Innovationen tatsächlich Eingang in den Produktivsektor finden können, muss das Zusammenwirken zwischen Wissenschaft und Privatwirtschaft gefördert werden. Größere Anstrengungen im Bereich Förderung und Entwicklung von Wissenschaft und Technologie einschließlich Zusammenarbeit der Hochschulen und engeres Zusammenwirken der Hochschulen mit der Wirtschaft ist oberste Priorität für Chile und wird sich möglicherweise zu einem tragenden Element der bilateralen Beziehungen insgesamt entwickeln.

Das AA sieht eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie vor, die folgende Gestalt annehmen könnte:

- Informations- und Erfahrungsaustausch im Bereich Wissenschaft und Technologie auf regionaler Ebene, namentlich im Zusammenhang mit einschlägigen Strategien und Programmen;

- Förderung von Kontakten zwischen Wissenschaftlern beider Seiten;
- flankierende Maßnahmen zwecks Förderung der Weitergabe von Innovation und Technologie und Aufbau engerer Beziehungen zwischen den jeweiligen Partnern.

Das AA und das zwischen der EU und Chile geschlossene W&T-Abkommen sind der Rahmen für eine weiterreichende Kooperation, die auf die Einrichtung permanenter Kontakte zwischen den Sektoren Wissenschaft und Technologie beider Seiten abzielt. Die in diesem Bereich zu entfaltenden Kooperationsaktivitäten müssen auch mit den Aktivitäten des 7. W&T-Rahmenprogramms der EG in Einklang stehen und sie ergänzen. Dank der vor kurzem gemeinsam mit Lateinamerika eingerichteten Zentren zur Förderung von W&T werden sich die bislang überwiegend bilateralen Partnerschaften in Lateinamerika in biregionale Partnerschaften verwandeln. Die Ende 2005 eingerichteten vier jeweils auf bestimmte Themen spezialisierten Zentren (Gesundheitswesen in Chile, Biotechnologie in Argentinien, Energie in Mexiko und Umweltschutz in Brasilien) sind ein anschauliches Beispiel dafür, dass es notwendig ist, im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms 2007-2013 neue Wege der Koordinierung zu beschreiten. Zu Chile sei gesagt, dass dank dieser Zentren Chiles Potential und Expertise sowie seine führende Rolle in W&T-Angelegenheiten der Region voll zur Geltung kommen.

Wenn es Chile mit zukunftsfähiger Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit auf Dauer ernst ist, muss auch der Umweltschutz zu einem permanenten Anliegen werden. Bei der Zusammenarbeit in diesem Bereich müsste es darum gehen, den Verwaltungsaufbau und den Ausbau des Regulierungsrahmens voranzutreiben, den Vollzug des Umweltrechts zu verbessern und den Einsatz effizienter regenerativer Energieträger und neuer „sauberer“ Technologien zu fördern. Die Regulierung der Nutzung der natürlichen Ressourcen – Wald, Grund und Boden, Wasser usw. – war für das Wirtschaftswachstum in Chile von erheblicher Bedeutung. Der Staat hat zwar in den letzten Jahren eine aktive Umweltpolitik betrieben und verschiedene Programme zur Bewältigung von Umweltaufgaben durchgeführt, doch es bleibt noch viel zu tun, bis Umweltschutzwägungen Eingang in eine Reihe von Politikfeldern finden und bis die Verantwortung für die Umwelt sich in der Mentalität der Unternehmer durchsetzt.

Ein zentrales Thema des AA ist die Förderung des Handels zwischen der EU und Chile. Die EG ist bereit, Chile in seinen Anstrengungen zu unterstützen, seine Regulierungs-, legislativen und institutionellen Kapazitäten aufzubauen und zu verstärken, durch die das Land in die Lage versetzt wird, seinen WTO- und bilateralen Verpflichtungen (beispielsweise gegenüber der EU) in so unterschiedlichen Bereichen wie Normung, technische Vorschriften und Konformitätsbewertungsverfahren, handelsrelevante Rechte an geistigem Eigentum sowie in den Bereichen Tier- und Pflanzengesundheit umzusetzen und praktisch anzuwenden.

Risiken

In Anbetracht der politischen Stabilität und des bereits erreichten Entwicklungsniveaus kann davon ausgegangen werden, dass Chile in der Lage sein wird, die EU-Strategie mit Erfolg umzusetzen, ohne dass damit nennenswerte Risiken verbunden wären. Es liegt auf der Hand, dass Chiles Risikoindex weit niedriger ist als der der übrigen Staaten Lateinamerikas – in der Tat ist es so, dass Chile in dieser Beziehung eher einigen europäischen oder asiatischen Industriestaaten vergleichbar ist. Chile kann als einer der führenden Kupferproduzenten und Exporteure die Vorteile der derzeitigen Rekordpreise für Kupfer einheimsen; die auf diese Weise erwirtschafteten Erlöse machen mehr als 19 % des BIP aus und tragen somit erheblich zur Finanzierung der Landesentwicklung bei. Ein Abschwung bei den Kupferpreisen könnte somit das Entwicklungstempo bremsen, doch dadurch dürfte die Umsetzung der EU-Strategie nicht in Gefahr geraten.

Die Umsetzung der Strategie wird sich über zwei Präsidentschaften hinziehen (2006 bis 2010 und 2011 bis 2014). Änderungen in der Prioritätensetzung und des politischen Kurses liegen bei Regierungswechsel sicherlich im Bereich des Möglichen, doch die in diesem Papier vorgeschlagenen Schwerpunktsektoren finden Unterstützung sowohl bei der derzeitigen Regierung als auch bei der Opposition. Es ist somit sehr unwahrscheinlich, dass mit einem Regierungswechsel eine Beendigung der in den Schwerpunktsektoren bereits angelaufenen bzw. noch einzuleitenden Anstrengungen verbunden sein könnte.

Darüber hinaus wird die Regierung die EG-Finanzierung mit eigenen Mitteln ergänzen, so dass ein hohes Niveau an Engagement und eigenverantwortlicher Mitwirkung gewährleistet ist.

ANHANG 1: NATIONALES RICHTPROGRAMM CHILE

Für die Haushaltsjahre 2007-2013 ist ein Richtbetrag von 41 Mio. € vorgesehen. Im Folgenden die Ziele der mit Chile entwickelten Kooperationsstrategie:

1 Sozialer Zusammenhalt

Es wird angeregt, die Maßnahmen dieses Schwerpunktbereichs über einen Fonds abzuwickeln, der dazu dient, die von öffentlichen Körperschaften im Wege einer Ausschreibung eingebrachten Projekte in einer von der EG und Chile gemeinsam festgelegten Reihe spezifischer Sektoren umzusetzen, die sich alle dem Oberbegriff sozialer Zusammenhalt zuordnen lassen. Ein kleiner Teil der Fondsmittel geht in die Finanzierung von Maßnahmen, die im Rahmen des Politikdialogs zum Thema Beschäftigung und soziale Belange auszuwählen und zu vereinbaren sind. Darunter fallen namentlich Informationsveranstaltungen, Studienexkursionen, TH und Kapazitätenaufbau.

Die Aktivitäten im Rahmen dieses Schwerpunktbereichs erstrecken sich auf zwei Zeitabschnitte, und zwar 2007-2010 und 2011-2013. 2010 findet eine Halbzeitüberprüfung statt, die die Möglichkeit bietet, die Arbeit der ersten Phase und die erzielten Ergebnisse zu bewerten und Leitlinien für die zweite Phase zu erarbeiten.

Die jährlichen Sitzungen des Assoziationsausschusses EG-Chile übernehmen wichtige Aufgaben im Bereich der begleitenden Beobachtung und der Prioritätensetzung für diesen Aktionsschwerpunkt.

Ziele

Oberziel ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Chile.

Spezifische Ziele dienen dazu, die Regierungsstrategie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts durch Maßnahmen in einschlägigen Politikfeldern zu unterstützen; die spezifischen Ziele lauten:

- mehr soziale Gerechtigkeit und gerechtere Umverteilung der öffentlichen Finanzen
- Zugang für alle zu Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Bildung, soziale Sicherheit und Justiz
- Abbau der Geschlechterdiskriminierung und der Benachteiligung der indigenen Volksgruppen sowie Abbau des Regionalgefälles
- Förderung des Sozialdialogs
- Förderung von Synergien zwischen sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz durch engere Verzahnung des Abbaus der Armut und der zukunftsfähigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

Erwartete Ergebnisse

- stärkere Teilhabe der benachteiligten Bevölkerungsgruppen an den Vorteilen der sozioökonomischen Entwicklung
- bessere Ausbildung der erwerbsfähigen Bevölkerung und stärkere fachliche Kompetenz

- Verbesserungen bei der Planung, Verwaltung, begleitenden Beobachtung und Evaluierung im Bereich der Sozialpolitik
- qualitative Verbesserung der staatlichen Programme zur Förderung des Zugangs zu Beschäftigung, Justiz, Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialschutz

Maßnahmen

In diesem Schwerpunktsektor werden Maßnahmen in von beiden Parteien vorab ausgewählten förderfähigen Sektoren finanziert, sofern die Teilnehmer alle Auflagen erfüllen. Die anzuwendenden Verfahren werden zu einem späteren Zeitpunkt im Zuge der Ausarbeitung der Finanzierungsvorschläge festgelegt.

Querschnittsthemen

Gleichstellung

Besondere Berücksichtigung erfahren Projekte, die dem Abbau der geschlechterbedingten Ungleichbehandlung dienen, und die Einbeziehung des Querschnittsthemas Gleichstellung in alle Projekte wird gefördert.

Umweltschutz

Bei den Projekten zum Thema sozialer Zusammenhalt wird besonders darauf zu achten sein, dass Umweltbelange als Querschnittsthema Eingang in diese Projekte finden, und zwar als Begleitung Chiles auf dem Weg in die zukunftsfähige Entwicklung. Dies kann im Wege eines besseren Zugangs vor allem der Landbevölkerung zu lebenswichtigen natürlichen Ressourcen wie Boden, Trinkwasser, Strom und Gas erreicht werden. Gegebenenfalls werden Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt und Umweltindikatoren entwickelt.

Indigene Volksgruppen

Besondere Aufmerksamkeit wird Projekten gewidmet, die auf den Abbau der Zurücksetzung der indigenen Volksgruppen hinwirken; die Einführung der Indigenenproblematik als Querschnittsthema in die vorzuschlagenden Projekte wird gefördert.

Risiken und Hypothesen

Die amtierende Regierung und die Opposition sowie die Gesellschaft insgesamt sind sich einig darin, dass die Herstellung eines besseren sozialen Zusammenhalts zu den dringendsten Prioritäten der gesamten Entwicklung des Landes zählt. Das gibt zu der Annahme Anlass, dass auch die künftigen Regierungen des Landes in ihrem Engagement für die Verwirklichung dieser Priorität nicht nachlassen werden.

Erfolgsindikatoren

- Anzahl und sektorale Vielfalt der vorgelegten und genehmigten Projekte
- Anzahl der Empfänger der Hilfe aus den einschlägigen staatlichen Sozialprogrammen (Gliederung nach Geschlecht, Alter, Volksgruppe und nach sozioökonomischem Status)
- Anzahl der neuen bzw. überarbeiteten staatlichen Programme mit unmittelbarem Bezug zum Thema sozialer Zusammenhalt

- Anzahl bewährter Methoden aus dem Bereich sozialer Zusammenhalt, die Eingang in die Regierungspolitik finden
- innovative Initiativen mit erkennbarem Bezug zu den sozialen Zusammenhalt thematisierenden Programmen

Voraussichtlicher Beitrag der EG

Die EG wird diesem Schwerpunktsektor voraussichtlich 40 % der Gesamtdotierung des Nationalen Richtprogramms widmen.

2 Bildungswesen: Akademischer Austausch und Stipendien

Bei diesem Schwerpunktsektor steht die Finanzierung von Stipendien, Zuschüssen und Austauschprogrammen für noch nicht graduierte und postgraduierte chilenische Studenten sowie Schulung und Berufsausbildung in verschiedenen technischen Sparten im Vordergrund. Dieses Programm ermöglicht die Finanzierung von Stipendien für Postgraduierte aus Chile und kann sich auch auf den Kapazitätenaufbau im Hochschulbereich und den Hochschullehreraustausch erstrecken. Aus Koordinierungszwecken und zur Vermeidung von Überlappungen werden die im Rahmen von ALCUE durchgeführten Tätigkeiten im Hochschulbereich berücksichtigt.

Ziele

Global gesehen geht es bei dieser Maßnahme darum, Postgraduierten und Hochschullehrern aus Chile den Zugang zum europäischen Hochschulraum zu erleichtern, um ihnen die Möglichkeit zu geben, durch ein Ergänzungsstudium ihre Vermittelbarkeit auf dem chilenischen Arbeitsmarkt zu verbessern.

Diese Aktion wird gleichzeitig eine Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem EU-Raum und Chile bewirken.

Dieses Programm eröffnet die Möglichkeit zur Finanzierung von Stipendien für Postgraduierte aus Chile. Die darin vorgesehenen Maßnahmen können sich auch auf den Kapazitätenaufbau im Hochschulbereich und den Hochschullehreraustausch erstrecken. Es wird ein spezifisches Stipendienprogramm auf Universitätsebene eingerichtet, um die Beziehungen zwischen europäischen und chilenischen Hochschulen zu verbessern und um auf diese Weise zu ermöglichen, dass mehr Chilenen in Europa ein Postgraduiertenstudium absolvieren. Diesem Programm müsste höchste Resonanz verliehen werden, was auch die Wahl eines Namens einschliesse, der für höchste europäische Qualität bürgt.

Erwartete Ergebnisse

Es wird erwartet, dass chilenische Studierende (Studierende an technischen Fachschulen, Studierende vor und nach dem Abschluss) ein Ergänzungsstudium in Europa absolvieren. Die Programme werden zum Aufbau persönlicher Beziehungen zwischen chilenischen und europäischen Studierenden und Hochschulen beitragen und somit möglicherweise den Grundstein für eine künftige Zusammenarbeit vor allem in der technologischen und wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung legen, was wiederum der Förderung von Innovation und Wettbewerb zugute kommt.

Maßnahmen

Bei entsprechender Bedarfsmeldung der chilenischen weiterführenden Schulen und Hochschulen könnte die EG bei der Entwicklung neuer Laufbahnen, bei der unabhängigen externen Bewertung von Studienprogrammen, Bildungsprojekten und bei der Wissenskontrolle behilflich sein. Fernstudium sowie Einsatz von innovativen Informationstechnologien sind ebenfalls Bereiche, in denen Europa Chile einiges an Erfahrung bieten kann.

Für eine Förderung kommen zudem in Betracht: direkte Hochschulkontakte zwecks Betreuung von Doktoranden und promovierten Jungforschern, Aufbau von spezialisierten Forschungsnetzen, die Einrichtung gemeinsamer europäisch-chilenischer Labors, Mobilität der Studierenden und Lehrenden.

Ein Teil der Dotierung dieser Maßnahmen könnte auf die Finanzierung von Studienaufenthalten verwendet werden; die Studienbereiche (in Hochschulen und technischen Fachschulen) wären zuvor von der Kommission und Chile zu bestimmen.

Das Hauptziel der Zentren für Europastudien bestünde in der Identifizierung und Entwicklung von Aktivitäten betreffend die Forschung und die Wissensweitergabe, zwecks Erleichterung des Verständnisses regionaler und sektoraler Probleme der politischen Entscheidungsfindung. Je nach den auszuwählenden Prioritäten und den noch zu bestimmenden Themen werden die Zentren dreierlei Aktivitäten entfalten: a) Organisation von Seminaren und Werkstattveranstaltungen, (b) Forschung und Studien und (c) Erfahrungsaustausch und Weitergabe von Information.

Umsetzung

Diese Maßnahme wird im Wege eines spezifischen Stipendienprogramms auf Hochschulebene umgesetzt, das dazu dient, die Kontakte der europäischen und chilenischen Hochschulen zu fördern, so dass mehr chilenischen Studierenden die Möglichkeit geboten wird, in Europa ein Postgraduieretenstudium zu absolvieren.

Querschnittsthemen

Gleichstellung

Ausgehend von der auf der VN-Frauenkonferenz von Beijing im Jahr 1995 angenommenen Aktionsplattform und auf der Grundlage der Ratsverordnung (EG) Nr. 2836/98 über die Einführung der Gleichstellungsthematik in die Entwicklungszusammenarbeit definiert die Kommission in ihrer Mitteilung KOM(2001) 295 ein Aktionsprogramm zur Einbeziehung der Gleichstellungsthematik in die Entwicklungszusammenarbeit. Die vorgeschlagene Aktion lehnt sich an die Gleichstellungsstrategie der Kommission an und sieht Anstrengungen vor, die auf einen angemessenen Proporz von weiblichen und männlichen Studierenden abzielen.

Umwelt

Studien zu umweltrelevanten Bereichen werden gefördert.

Indigene Volksgruppen

Bei der Vergabe von Stipendien an chilenische Studenten müsste die EG Studierende aus einkommensschwachen Familien, aus rückständigen Regionen oder mit indigenem Hintergrund bevorzugt behandeln.

Risiken und Hypothesen

Das mit diesem Programm verbundene Risiko besteht darin, dass die Information über die Möglichkeiten der hier vorgeschlagenen Maßnahmen die Zielgruppe unter den Studierenden nicht erreicht; einem Risiko unterliegt ferner die Hypothese, dass die Hochschulen bzw. technischen Fachschulen im EU-Raum sich im Wettbewerb mit anderen Vermittlern von Hochschulbildung behaupten sowie die Hypothese, dass chilenische Stipendiaten nach Chile zurückkehren und in Berufe einsteigen, die in direktem Zusammenhang zu ihrem Studium in Europa stehen.

Erfolgsindikatoren

Indikatoren für Erfolg oder Misserfolg werden die Zahlen der chilenischen Studenten bzw. Studentinnen (aufgeschlüsselt nach Geschlechtern), die an dem Programm teilnehmen und die Zahl der erworbenen Diplome sein. Eher indirekte Erfolgsindikatoren können die Gesamtzahlen der vor oder nach Erwerb eines Diploms in der Heimat in der EU eine Hochschule oder eine technische Fachschule bzw. Praktika besuchenden chilenischen Studenten sein. Ein weiterer Indikator – soweit sich dies erfassen lässt – wird die Anzahl der Chilenen sein, die im EU-Raum ein Masterdiplom, einen Doktorgrad oder eine Qualifizierung in einer technischen Fachhochschule bzw. bei einem beruflichen Praktikum erworben haben und die einen Beruf ausüben, der einen Bezug zu ihren in der EU betriebenen Studien aufweist.

Voraussichtlicher Beitrag der EG

Die EG wird voraussichtlich 20 % der Gesamtdotierung des Richtprogramms für diesen Schwerpunktsektor bereitstellen.

3 Innovation und Wettbewerb

Es wird angeregt, die Maßnahmen dieses Schwerpunktbereichs über einen Fonds abzuwickeln, der dazu dient, die von öffentlichen Körperschaften im Wege einer Ausschreibung eingebrachten Projekte in einer Reihe von der EG und Chile gemeinsam festgelegter spezifischer Sektoren umzusetzen, die sich sämtlich unter der Überschrift Innovation und Wettbewerb subsumieren lassen. Das schließt in diesem Falle folgendes ein: W&T, Umweltschutz und für den Handel mit der EU relevante Sektoren wie Normung, hygienische Vorschriften und Konformitätsbewertungsverfahren, handelsrelevante Rechte an geistigem Eigentum sowie die Bereiche Tier- und Pflanzengesundheit.

Diese Schwerpunktaktion erstreckt sich über zwei Phasen: 2007-2010 und 2011-2013. 2010 wird für die erste Phase eine Halbzeitevaluierung zwecks Bewertung der Umsetzung und des Erreichten durchgeführt, deren Ergebnis der zweiten Phase zugute kommt.

Ziele

Das in diesem Schwerpunktsektor zu erreichende Oberziel besteht in einem Beitrag zur Förderung von Innovation und Wettbewerb innerhalb der chilenischen Volkswirtschaft, um diese in die Lage zu versetzen, im Wettbewerb mit der zunehmenden wirtschaftlichen Globalisierung zu bestehen, und um auf diese Weise einen Beitrag zu einer für die EU und Chile gleichermaßen ersprießlichen Verstärkung der Beziehungen zu leisten.

Im Einzelnen geht es darum, technologische Innovation zu entwickeln und mit folgender Zielsetzung einzuführen:

- konkurrenzfähigere Produktion mit höherer Wertschöpfung;
- Berücksichtigung von Umweltbelangen, namentlich im Bereich der mittelständischen Unternehmen;
- Erfüllung der von der EU und international festgelegten Auflagen für die Bereiche Tier- und Pflanzengesundheit;
- Förderung der Konvergenz mit dem Regulierungskonzept der EU im Bereich der gewerblichen Waren;
- Unterstützung der chilenischen Unternehmen und einschlägigen Einrichtungen bei der Nutzung von europäischer Innovation und Expertise;
 - Förderung der Weitergabe von W&T und Aufbau engerer Beziehungen zwischen interessierten Partnern;
 - Unterstützung bei der Entwicklung effizienter energiepolitischer Strategien und Verbesserung des Zugangs zu zukunftsfähigen Energieträgern;
 - Förderung des Schutzes und des gesetzlich geregelten Umgangs mit den Rechten an geistigem Eigentum sowie von deren Verbreitung.

Erwartete Ergebnisse

- Höhere Produktivität und stärkere Konkurrenzfähigkeit des chilenischen Produktivsektors, namentlich im Mittelstandsbereich mit möglicherweise beschäftigungswirksamem Effekt;
- Steigerung des Angebots an chilenischen Waren mit höher Wertschöpfung;
- Zunahme der Anmeldungen von chilenischen Patenten, Mustern und Marken und bessere Gewährleistung der Rechte an geistigem Eigentum;
- Zunahme der risikokapitalfinanzierten Projekte;
- mehr chilenische Hochschulen und mittelständische Unternehmen nehmen aktiv am Forschungsrahmenprogramm der EG teil;
- der Produktivsektor macht sich mit den europäischen und internationalen Normen der Bereiche Umwelt, Tier- und Pflanzengesundheit sowie mit den technischen Normen vertraut und richtet sich nach ihnen.

Maßnahmen

In diesem Schwerpunktsektor werden Maßnahmen in von beiden Parteien vorab ausgewählten förderfähigen Sektoren finanziert, sofern die Teilnehmer alle Auflagen erfüllen. Die anzuwendenden Verfahren werden zu einem späteren Zeitpunkt im Zuge der Ausarbeitung der Finanzierungsvorschläge festgelegt.

Die Mittel sind zu möglichst gleichen Teilen auf die Bereiche W&T, Umweltschutz und Handelsförderung aufzuteilen.

Querschnittsthemen

Gleichstellung

Die Teilnahme von Frauen bzw. die Einführung der Gleichstellungsthematik als Querschnittsthema in die vorgelegten Projekte werden gefördert.

Umweltschutz

Projekte zur Entwicklung von Umwelttechnologie bzw. Projekte, die den Einsatz von Umwelttechnologie einschließen, sowie Projekte zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur Entwicklung wirksamer Strategien für den Energiesektor werden gefördert. Zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des EG-Engagements werden für die einzelnen Projekte Umweltindikatoren aufgestellt und gegebenenfalls Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen.

Risiken und Hypothesen

Die Förderung von Innovation und Wettbewerb ist sowohl für die derzeitige Regelung als auch für die Opposition eine Priorität. 2007 wird ein neuer Organismus, der Staatliche Rat für Innovation und Wettbewerb, eingerichtet, und im Haushaltsplan für 2006 ist eine erhebliche Anhebung der öffentlichen Ausgaben im Bereich technologische Innovation vorgesehen. Es ist somit die Annahme zugelassen, dass kein Risiko besteht, dass die nächsten Regierungen ihr entschlossenes Engagement diesem Bereich Priorität zuzubilligen, aufgeben könnten.

Erfolgsindikatoren

- Anzahl der eingereichten und genehmigten Projekte;
- Anzahl der neu entwickelten Produkte mit erheblicher Wertschöpfung;
- Anzahl der chilenischen mittelständischen Unternehmen, Institute und Forscher, die am Forschungsrahmenprogramm der EG teilnehmen;
- Anzahl der neuen staatlichen Programme zur Förderung von Wettbewerb und Innovation, die Umwelterwägungen berücksichtigen;
- Anzahl der neu entwickelten Erzeugnisse bzw. Technologien, die Umweltauflagen sowie tier- und pflanzengesundheitliche Normen erfüllen;
- erkennbar neue strategische Initiativen im Bereich Innovation und Wettbewerb.

Voraussichtlicher Beitrag der EG

Der Beitrag der EG wird voraussichtlich 40 % der Gesamtdotierung des Richtprogramms ausmachen.

4 Sonstige Instrumente

Maßnahmen, die aus den Mitteln thematischer Haushaltslinien sowie sonstiger horizontaler Instrumente finanziert werden, müssen mit der hier vorgestellten Strategie auf einer Linie liegen (vgl. ANHANG 1). Zwecks Sicherstellung einer vernünftigen Inanspruchnahme der Instrumente werden geeignete Koordinierungsmechanismen entwickelt. Hierbei kann die EK-Delegation in Santiago de Chile in enger Abstimmung mit der AGCI einen wesentlichen Beitrag leisten und den vernünftigen Einsatz der einzelnen Instrumente gewährleisten.

Die Kommissionsdelegation organisiert bereits in regelmäßigen Abständen und ad hoc Begegnungen mit den Botschaften der Mitgliedstaaten und sonstigen in Chile präsenten Geldgebern Besprechungen (oder nimmt an solchen teil), in deren Verlauf Erfahrungen ausgetauscht werden, die dazu dienen, die Kohärenz der EG-Strategien mit anderen Kooperationsmaßnahmen und –programmen im Lande zu gewährleisten.

5 Arbeitsprogramm

In Übereinstimmung mit dieser Strategie und unter Berücksichtigung der von der EU und Chile gemeinsam vereinbarten Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit stellt sich das Arbeitsprogramm wie folgt dar (in Mio. €):

Schwerpunktbereich	2007	2008	2009	2010	2011-2013	in Mio. €
1. Sozialer Zusammenhalt	10,250				6,150	16,400
2. Bildung: akademischer Austausch und Stipendien	4,920				3,280	8,200
3. Innovation und Wettbewerb	10,250				6,150	16,400
INSGESAMT	25,420				15,580	41